

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 11, Winterfeldtstr. 24
Fernsprecher: Amt VI, Nr. 6228
Redakteur: Emil Dittmer

Motto:
Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein

Erscheint wöchentlich Freitags
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld)
2 Mk. — Postzeitungsliste Nr. 3104

Inhalt:

Ein Mene Telcel in Berlin! — Lohnbewegung in Wülhausen. — Arbeiterpolitik in Wilmersdorf. — Brief aus Aachen. — Wasserbauarbeiter. — Notizen für Gasarbeiter. — Aus der Praxis der Arbeiterversicherung. — Aus unserer Bewegung. — Internationale Rundschau. — Rundschau. — Verbandsteil. — Briefkasten. — Feuilleton: Herr Giesberts in Amerika.

Ein Mene Telcel in Berlin!

Wiederholt ist an dieser Stelle auf die gänzlich unbefriedigenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Berliner städtischen Betrieben hingewiesen worden.

Zeit vielen Jahren wird eine rechtliche Regelung in Form von einheitlichen Arbeitsstatuten verlangt. Die Arbeiter-Ausschüsse entbehren des organischen Aufbaus und sind zur Ohnmacht verdammt. Kurz, die gesamte Sozialpolitik gegenüber den eigenen Arbeitern und Angestellten läßt jeden fortschrittlichen Sinn vermissen, obwohl bekanntlich Berlin eine Domäne der „fortschrittlichen Volkspartei“ ist.

Aber damit nicht genug! Berlin gerät auch mit seinen Lohnverhältnissen immer mehr ins Hintertreffen. Nach einer statistischen Zusammenstellung des Verbandsvorstandes vom 15. Mai 1910 stehen die Berliner Gasarbeiter glücklich an fünfzehnter Stelle!

Wir wollen das durch nachstehenden kleinen Auszug der Berliner Stadtverwaltung zu Gemüte führen. Sie kann sich dann ihre nun schon jahrelang dauernden Erwägungen und Erhebungen sparen. Die Löhne der Gasarbeiter betragen in den nachfolgenden Städten bei Gasarbeit:

	Mark		Mark
1. Altona	4,20—4,50	8. Hamburg	4,00—4,40
2. Berlin (Engl. Gasanstalt)	4,05—4,30	(Wochenlöhner)	28—29)
3. Bremen	3,90—4,00	9. Stöpenid	4,25
4. Bremerhaven	4,75—5,25	10. Richtenberg	4,20—4,40
5. Charlottenburg	4,50—5,25	11. Mannheim	3,90—4,40
6. Frankfurt a. M. (städt.)	4,20—5,20	12. München	4,00—5,00
7. Wiesbaden	4,25	13. Riedorf	4,25—4,75
15. Berlin (städtische Gasanstalten)	4,05—4,23	14. Spandau	4,40—5,20

Darf es unter diesen Umständen wundernehmen, wenn die Geduld der Berliner Gasarbeiter endlich erschöpft ist und sie aufbegehren?

Sinzu kommt, daß die Löhne verschiedener anderer Arbeiterkategorien in Berliner städtischen Betrieben zum Teil erheblich über die Löhne der Gasarbeiter hinausgehen. Wir verweisen hier nur auf die in Nr. 41, Sp. 1094, der „Gewerkkraft“ gebrachten Beweise, die hoffentlich der Gasdeputation und Direktion nicht unbekannt geblieben sind.

Aber all das hätte die Empörung unter den Gasarbeitern wohl nicht in dem Maße hervorgerufen, wenn nicht Hand in Hand mit den erfolgten Ablehnungen noch unerhörte Propagandas und Verschlechterungen von der Gasdeputation vor-

genommen wären. Der 1. Bevollmächtigte unserer Filiale wurde im Anschluß an die Versammlung vom 4. April 1910 als der böse Geist hingestellt. Die „Einflüsse von außen“ sollten an der Unzufriedenheit der Massen schuld sein. Außerdem wurde dem Kollegen W u k f y Unkenntnis der Verhältnisse vorgeworfen.

Und das alles angesichts der Tatsache, daß die vorgebrachten Dinge unwiderlegt blieben und W u k f y im Auftrage sämtlicher Vertrauensmänner und Arbeiter-Ausschussmitglieder seine Ausführungen machte. Die Vertrauensleute empfanden diese Angriffe naturgemäß gegen sich gerichtet nach dem Sprichwort: „Den Sack schlägt man und den Esel meint man“.

Dazu kam die geplante Verschlechterung des Krankengeldzuschusses, der trotz entgegenstehender Beschlüsse von Magistrat und Stadtverordneten bei den Gasarbeitern erst nach dreimonatlicher Dienstzeit gewährt werden soll.

Eine Vertrauensmänner Sitzung nahm am 5. November erneut zu diesen Vorgängen Stellung und beschloß in geheimer Abstimmung mit 121 gegen 1 Stimme einer sofort einzuberufenden Gasarbeiterversammlung zu empfehlen, diesmal mit allen Mitteln die Aufbesserung der Löhne durchzusetzen. Natürlich sollten zunächst alle friedlichen Mittel erschöpft werden.

Die Gasarbeiterversammlung fand am 17. November 1910 statt und hatte einen Versuch zu verzeichnen, wie ihn die Berliner Filiale noch nie gesehen. Es waren nur für städtische Gasarbeiter Zettel verteilt worden. Trotzdem drängten sich weit über 3000 Kollegen in den Räumen von Keller, Koppenstraße, Kopf an Kopf. Alle Tische mußten entfernt werden. Für das Interesse, welches die Kollegen an dieser entscheidenden Kundgebung nahmen, ist auch bezeichnend, daß die große Mehrzahl sich direkt von der an der Peripherie liegenden Arbeitsstelle ins Versammlungslokal begaben. Viele Kollegen der 10 Uhr-Abendschicht wollten wenigstens noch mit dabei gewesen sein, andere kamen noch kurz vor Schluß von ihrer Schicht. Und trotzdem musterquältige Ruhe, aufmerksamstes Lauschen auf die Ausführungen W u k f y s, die dieser wiederum namens der Vertrauensleute vortrug.

Die Forderungen sind gewiß keine unbilligen. Kurz zusammengefaßt, lauten sie folgendermaßen:

„Regelung resp. Erhöhung der Löhne auf der Basis des Wochenlohnes für 6 Arbeitstage gleich 54 Stunden bezw. 6 Arbeitsschichten gleich 48 Stunden. Durchgehende Festlegung fünfjähriger Lohnstufen mit alljährlichen Erigerungen (nach einer bestimmten Tabelle). Für Ueberstundenarbeit in der Zeit von 6 Uhr morgens bis 9 Uhr abends 50 Proz., für nicht arbeitsplanmäßige Sonn-, Feiertags- und Nachtarbeit (9 Uhr abends bis 6 Uhr morgens) 100 Proz. Zuschlag. (Für die regelmäßige Nachtarbeit im Dreischichtsystem kommt der Zuschlag nicht in Betracht.) Aenderung des Sommerurlaubs dahin, daß nach einjähriger Dienstzeit eine Woche, nach fünfjähriger Dienst-

zeit zwei Wochen Urlaub gewährt werden. Aenderung der Bestimmungen über die Einrichtung von Arbeiterausschüssen."

An die treffenden Darlegungen des Referenten schloß sich eine kurze Diskussion und dann wurde einstimmig folgende Resolution angenommen:

„Die am 17. November 1910 im Kellerischen Saale, Koppenstraße 29, tagende und von über 3000 Personen besuchte Protestversammlung der Handwerker und Arbeiter in den städtischen Gaswerken Berlins ist tief entrüstet über die wiederholte brutale Ablehnung der von den Arbeiterausschüssen eingereichten Forderungen seitens der Gaswerksdeputation.

Die Versammelten stellen fest:

1. daß die Löhne der breiten Masse der Berliner Gasarbeiter seit 1905 keine Aufbesserung erfahren haben, obwohl in zwischen die Existenzbedingungen durch die immer schlimmer werdende Teuerung unhaltbar geworden sind;
2. daß der übergroße Teil der Gasarbeiter gegenüber den Arbeitern anderer städtischer Betriebe erheblich schlechter entlohnt wird und trotzdem bei den diesjährigen Lohnaufbesserungen wiederum übergangen worden ist;
3. daß trotz der gegenseitigen öffentlichen Behauptungen des Dezernenten der Gaswerke auch diesmal von den in Lohnfragen allein zuständigen Stellen, der Direktion und Deputation, mit den Arbeiterausschüssen nicht verhandelt wurde und letztere bis heute noch nicht einmal eine Antwort von der Deputation haben.

Die Versammelten erheben entschieden Protest gegen eine derartige, jedes sozialen Verständnisses bare Behandlung der Arbeiter und ihrer Vertreter in den Arbeiterausschüssen.

Die Versammelten beschließen einmütig, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln die Durchsetzung ihrer bescheidenen Forderungen zu betreiben, und beauftragen die Obleute der Arbeiterausschüsse, unverzüglich an den zuständigen Stellen vorstellig zu werden und in kürzester Zeit das Resultat der Verhandlungen einer neuen Versammlung zu unterbreiten.

Ueberzeugt, daß die Durchführung des Kampfes nur durch solidarisches und geschlossenes Handeln der Gasarbeiter möglich ist, machen die Versammelten es den noch fernstehenden Kollegen zur Pflicht, ungehämmt der gewerkschaftlichen Organisation sich anzuschließen."

Wahrlich, wir hätten gewünscht, die sämtlichen Mitglieder der Gasdeputation und vornehmlich Herr Stadtrat Ramskau hätten der an sie ergangenen Einladung zur Versammlung Folge geleistet. Das Urteil über die muster-gültige Geschlossenheit und Einheitslichkeit im Wollen und Empfinden der Berliner städtischen Gasarbeiter hätte die Herren vielleicht doch stutzig gemacht.

Will die Deputation den Krieg? So muß jetzt die Frage lauten und schon die nächsten Tage dürften Antwort geben. Was einstweilen durch den Magistrats-Offiziöus im „R. I." vom 18. November verlautbar wird, ist kurios genug, um hier Erwähnung zu finden. Die Notiz lautet:

„Die Berliner Gasarbeiter haben, wie gemeldet, an den Magistrat der Stadt Berlin Forderungen wegen Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung der Löhne gestellt. Wie wir erfahren, ist von einer Ablehnung der Forderungen seitens des Magistrats — wie dies in der gestrigen Versammlung der Gasarbeiter mitgeteilt wurde — keine Rede. Der Magistrat hat zu den Anträgen überhaupt noch nicht endgültig Stellung genommen. Die Gemeindebehörden haben schon seit einigen Wochen eine Kommission eingesetzt, die sich damit beschäftigt, Erhebungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sämtlicher städtischen Arbeiter anzustellen. Diese Feststellungen sollen so beschleunigt werden, daß sie noch für den neuen Etat, der im Winter zur Beratung kommt, verwendet werden können."

Dazu bemerken wir, daß hier eine Vogelstranzpolitik zu Tage tritt, die geradezu rührend ist. Hans Natvuz, der dem Magistrat sicher nabestehende Verfasser, weiß nicht, daß

1. die Forderungen im August 1909 eingereicht wurden;
2. die Forderungen der Gasarbeiter wie aller städtischen Arbeiter bei der Feststellung des Etats für 1910/11 von Magistrat und Stadtwervordnenversammlung unbeachtet geblieben, also abgelehnt worden sind;
3. eine nach der Amtswiederlegung der Arbeiterausschüsse öffentlich tagende Magistratskommission zwar für die Arbeiter einiger Betriebe kleine Aufbesserungen bewilligte, die Gasarbeiter aber wiederum mit ihren Anträgen abwie.

Die nun schon monatelang schlummernde Kommission, die „Erhebungen" anstellen soll über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sämtlicher städtischen Arbeiter als Beschwichigungspulver ist nicht übel. Schade nur, daß wir deren bisherigen Eifer vermiffen mußten. Sollte angesichts der ersten Situation in diese bislang scheintote Körperchaft endlich Leben kommen, so solls uns recht sein. Nur wird man mit Beschwichigungen, Erhebungen und Erwägungen diesmal nicht davontommen. Laßt uns nur einmal Lohner leben!

Wir hielten es für unsere Pflicht, die Kollegen von ganz Deutschland auf den Ernst der Situation hinzuweisen. Auch sie haben ein lebhaftes Interesse daran, daß Berlin sich nicht als dauernde Refordstation der Rückständigkeit ausweist.

Wohl wird alles geschehen um auf friedlichem Wege zum Ziele zu gelangen. Sollte sich ein Entgegenkommen wider Erwarten nicht zeigen, so werden — des sind wir gewiß — hinter den Forderungen der Berliner Gasarbeiter die mehr denn 30 000 Mitglieder unseres Verbandes in allen übrigen Orten Deutschlands stehen!

Lohnbewegung in Mülhausen!

Nun sind auch unsere Kollegen in Mülhausen in eine Lohnbewegung eingetreten. Die Stellung von Lohnanträgen ließ sich nicht mehr umgehen, nachdem die Löhne seit 1904 keine durchgreifende Regelung erfahren haben. Wohl wurde 1906 eine Teuerungszulage von einer Mark wöchentlich gewährt; allein dieselbe reichte kaum aus, um die städtischen Arbeiter etwas leichter über das Inkrafttreten des Zolltarifs hinwegzubringen. Und als 1907 nach langer Verschleppung endlich die Teuerungszulage durch eine Lohnregelung abgelöst wurde, war letztere so ungenügend, daß sie für 62 Proz. der Arbeiter unter 10 Proz. betrug, während die Preissteigerungen damals mindestens 15—20 Proz. betragen. Seither sind die Preise unheimlich weitergestiegen. Aber auch im letzten Jahre, bei der Neuregelung der Dienst- und Lohnordnung, wurden die Tarifsätze nicht erhöht, sondern nur der Betrag des Wochenlohnes bestimmter gefaßt und die Zulagen für besondere Arbeiten frisch geregelt; alle übrigen Lohnanträge aber zurückgestellt. Auch die 9-stündige Arbeitszeit besteht seit 1904 und hat seither keine Veränderung erfahren mit Ausnahme der wenigen Schichtarbeiter und Arbeiter mit besonders schmutzigen, gesundheitschädlichen Arbeiten, die seit dem Inkrafttreten der neuen Arbeitsordnung acht Stunden arbeiten. Aber das sind nur wenige Ausnahmen, die übertröge Mehrarbeit hat seit langen Jahren dieselbe Arbeitszeit, obgleich sie ihre Leistungen verdoppeln und verdreifachen mußte.

Infolgedessen wurde von einer Reihe Versammlungen der Beschluß gefaßt, in eine Lohnbewegung einzutreten und der Stadtverwaltung folgende Anträge zu unterbreiten:

1. Die Arbeitszeit wird von 9½ auf 9 Stunden reduziert.
2. Der Lohnsatz wird in folgender Weise geändert:
 - A. Aufseher I. Klasse: Anfangslohn 6,00 bzw. 36,00 Mk., steigend jährlich um 25 Pf. bis 8,25 bzw. 49,50 Mk. (Bisher 5,50 Mk., nach einem Jahr 5,85, steigend alle drei Jahre um 45 Pf. bis 7,75 Mk.)
 - B. Aufseher II. Klasse, selbständige Handwerker und solche in Aufsichtstellung: Anfangslohn 5,30 Mk., bzw. 31,80 Mk., nach einem Jahr 5,70 Mk., steigend jährlich um 20 Pf. bis 7,30 bzw. 43,80 Mk. (Bisher 4,80 bzw. 28,80 Mk., nach einem Jahr 5,20 Mk., steigend alle drei Jahre um 40 Pf. bis 6,80 Mk.)
 - C. Handwerker, Selzer, gelernte Gärtner, gepörrte Desinfektoren, Oberklasse der Vorarbeiter, Mohrleger: Anfangslohn 4,80 bzw. 28,80 Mk., nach einem Jahr 5,10 Mk., steigend jährlich um 15 Pf. bis 6,30 bzw. 37,80 Mk. (Bisher 4,30 bzw. 25,80 Mk., nach einem Jahr 4,60 Mk., steigend alle drei Jahre um 30 Pf. bis 5,80 bzw. 34,80 Mk.) Selzer und Maschinenwärter, sowie Gärtner ohne Lehrgesuzug sollen nach einjähriger Dienstzeit in C eingereiht werden.
 - D. Vorarbeiter, Kubikanten, ungelernete Selzer bei Handwerkern, Gartenarbeiter, Hilfsdesinfektoren: Anfangslohn 4,40 bzw. 26,40 Mk., nach einem Jahr 4,70 Mk., steigend jährlich um 15 Pf. bis 5,90 bzw. 35,10 Mk. (Bisher 3,80 bzw. 22,80 Mk., nach einem Jahr 4,10 Mk., steigend alle drei Jahre um 30 Pf. bis 5,30 bzw. 31,80 Mk.) Hilfsarbeiter sollen den Fuhrmannslohn erhalten, wenn sie länger als eine Woche als Fuhrmann beschäftigt sind.
 - E. Ungelernte Arbeiter sämtlicher Betriebe: Anfangslohn 4,00 Mk. bzw. 24,00 Mk., nach einem Jahr 4,25 Mk.,

steigend jährlich um 15 Pf. bis 5.30 bzw. 31.80 Mk. (Wider 3.40 bzw. 20.40 Mk., nach einem Jahr 3.65 Mk., steigend alle drei Jahre um 25 Pf. bis 4.65 bzw. 27.90 Mk.)

Die Lohnklasse F soll in Wegfall kommen, da mit den Sähen der Unterstufen dieser Klasse keine Familie ernährt werden kann.

Die Lohnanträge lassen sich also kurz dahin zusammenfassen: Für die Klassen A, B und C eine Lohnerböhung von 50 Pf., für D und E eine solche von 60 Pf. pro Tag; das entspricht einer Lohnerböhung von 7½—17 Proz. Ferner sollen an Stelle der bisherigen dreißährigen Zulagestreifen einjährige Zulagestreifen gesetzt werden, so daß der Höchstlohn statt nach dreizehn Jahren in Zukunft nach zehn Jahren, in der Klasse E in neun Jahren erreicht wird. Das ist nicht mehr als billig, da die Preissteigerung auch nicht nur alle drei Jahre einmal, sondern eher in einem Jahre dreimal vor sich geht, der Arbeiter den Höchstlohn auch gerade dann am allerndrängsten braucht, wenn keine Familie am stärksten ist, und das ist gewöhnlich nicht erst nach dreizehn Jahren der Fall. Die Sähe der Klassen A und B erscheinen auf den ersten Blick etwas hoch. Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß es sich bei den Angehörigen dieser Klasse mit wenigen Ausnahmen um Leute handelt, die überall in anderen Städten mit Monats- bzw. Jahresgehalt als Beamte angestellt sind, anderwärts also gar nicht im Arbeiterlohntarif geführt werden. Was die Einreichung der Handwerker betrifft, so ist es vollauf genügend, wenn dieselben in zwei Klassen, B und C, eingeteilt werden, und nicht wie bisher noch in D, so daß ungelernete Arbeiter noch mehr wie Handwerker verdienen. Alles in allem sind die Forderungen durchaus mäßig zu nennen, zumal sich jetzt die einzelnen Gemeinderatsmitglieder seit 1907 überzeugt haben werden, daß die Preiserböhung keine vorübergehende Erscheinung sind, sondern dauernd bestehen bleiben, solange im Reich der agrarisch-zentrierte Kurs gesteuert wird. Den Kollegen von Mühlhausen aber raten wir dringend, sich einmütig in die Organisation aufzunehmen zu lassen. Hat ja doch in der öffentlichen Versammlung sogar der Zentrumsratbater Gänggi seine Verwunderung ausgedrückt, daß noch nicht alle städtischen Arbeiter organisiert sind. Das allein sollte den Unorganisierten deutlich genug zeigen, wie man in Gemeinderatskreisen über sie denkt.

Arbeiterpolitik in Wilmersdorf.

Zu den um die Reichshauptstadt sich gruppierenden Orten gehört als jüngste Großstadt auch Wilmersdorf, gleichzeitig noch deshalb besonders bekannt, weil sie die reichste Stadt Deutschlands ist. Aber nicht nur allein wegen der günstigen finanziellen Lage nicht Wilmersdorf von Berlin und ihren weiltiden Brüdern ab, auch seine kommunalpolitische Stellung zu allgemeinen Arbeiterfragen und solchen der städtischen Arbeiter speziell zeigt sie in besonderem Maße. Verwunderlich ist es nicht, wenn ein nur von konservativ-nationalliberaler Mehrheit gebildeter Magistrat als auch ebenso eine Stadtverordnetenversammlung der gleichen Zusammensetzung sich allen fortschrittlichen Forderungen entgegenstellen. Könnte doch bei etwaiger Bewilligung der Arbeiterforderungen dem Terrainspekulantentum etwas von dem verlustig gehen, was ihnen sonst allein zugute käme. Deshalb heißt es auch bei diesen Leuten die Taschen zu, wenn irgendwelche Anforderungen für die werktätige Bevölkerung gestellt werden. Als besonders klares Beispiel dieser Art ist die Stellung des Magistrats zu der soeben herausgegebenen Arbeitsordnung anzusehen.

Schon vor einigen Jahren versprach die Stadtverwaltung den städtischen Arbeitern, Bestimmungen über ihr Arbeitsverhältnis zu geben. Als endlich der Entwurf das Licht der Welt erblickte, konnte man ohne weiteres behaupten, daß die Arbeit des Magistrats eine für Anfang des vorigen Jahrhunderts zutreffende gewesen, nicht aber den gegenwärtigen Verhältnissen angepaßt erscheinen kann. Nur ein paar der markantesten Fälle mögen dieses illustrieren.

Vorerst muß jeder in städtische Dienste Eintretende auf eigene Kosten ein ärztliches Attest über seine Gesundheit beibringen. Die tägliche Arbeitszeit beträgt 9 Stunden bei Tag- und Nachtarbeit, wenn nicht die Eigenart des Betriebes eine längere Arbeitszeit erfordert. Damit wird die Mündige Dienstzeit, soweit uns bekannt ist, wenigstens für zwei Betriebe wieder umgestoßen, und zwar trifft dieses bei der Gartenverwaltung und Straßenreinigung zu, wo eine sonntägliche Arbeitszeit von drei Stunden vorgesehn ist. Dadurch ergibt sich also für diese Kollegen eine Dienstzeit von 12 Stunden pro Tag. Sonn- und Feiertagsarbeiten werden die ersten drei Stunden mit 100 Prozent, die weiteren mit 50 Prozent

Aufschlag bezahlt. Die regelmäßig betriebsseitig angeordnete Sonntagsdienstleistung fällt hierunter jedoch nicht, sondern wird nur mit dem gewöhnlichen Stundenlohn bezahlt. Ueberzeitarbeit wird nur dann bezahlt, wenn sie eine halbe Stunde und mehr beträgt. In den Genuss der Differenz zwischen Lohn und Krankengeld kommen nur die Arbeiter, die eine dreijährige Dienstzeit zurückgelegt haben. Sommerurlaub kann nach Ermessen des Magistratsdezernenten, und zwar nach drei Jahren bis zu drei Tagen, nach sechs Jahren bis zu sechs Tagen und nach neunjähriger Dienstzeit bis zu zehn Tagen gewährt werden. Doch werden die in die Urlaubszeit fallenden Sonn- und Feiertage eingerechnet. Die Mündigungszeit ist für die beiden ersten Dienstjahre jederzeit, später auf 14 Tage zulässig. Zur Vertretung der Arbeiter ist ein Arbeiterausschuß eingesetzt. Das passive Wahlrecht wird nur den Arbeitern eingeräumt, die drei Jahre bei der Stadtgemeinde beschäftigt sind und 30 Jahre alt, das aktive Wahlrecht denjenigen, die zwei Jahre in städtischen Diensten stehen und das 21. Lebensjahr vollendet haben. Außerdem müssen sich alle im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte befinden. Der Magistrat ist berechtigt, die Ausschüsse jederzeit aufzulösen. Soweit die Mündigkeit aus diesen Bestimmungen.

In einer Versammlung vom 26. September d. J. übten die städtischen Arbeiter und ihre Vertreter nach einem einleitenden Referat des Stadtrat Prohm herbe Kritik an diesen rückständigen Bestimmungen. Eine kurz darauf stattgefundene Versammlung beschloß dann, in einer längeren Eingabe dem Magistrat die Wünsche hinsichtlich Abänderung des vorliegenden Entwurfes zu unterbreiten. Nachdem bereits in der ersten Versammlung von seiten des Stadtrats zugegeben war, daß eine Anzahl der angeführten Wünsche berechtigt, hätte man annehmen können, daß der Magistrat wenigstens einer nochmaligen Beratung Folge leistete. Das geschah leider nicht. Vor einigen Tagen wurde den städtischen Arbeitern die veraltete Arbeitsordnung unter Beifügung besonderer Betriebsordnungen zur Unterschrift vorgelegt, und jeder der Angestellten mußte, wenn er nicht aufs Straßenpflaster fliegen wollte, sich für die Annahme der Bestimmungen erklären. Daneben ließ der Magistrat noch einen Arbeitsvertrag vollziehen, in dem gleichzeitig die Lohnsähe festgelegt sind.

Auch hieraus noch ein charakteristisches Beispiel. Bei der Gartenverwaltung beträgt der Lohn für Gärtner anfangs 4.25 Mk., steigt alljährlich um 25 Pf. pro Tag zum Höchstlohn von 5.50 Mk. Man sollte annehmen, daß dadurch für jeden der Angestellten eine feststehende Besoldung geschaffen sei. Ein weiterer Passus besagt aber, daß es dem Ermessen des Betriebsleiters freigestellt wird, die jeweilige Lohnerböhung eintreten zu lassen. Und solchen veralteten kommunalpolitischen Standpunkt nimmt der Magistrat von Wilmersdorf seinen städtischen Arbeitern gegenüber ein. Nicht mit Unrecht wird von der Bevölkerung Wilmersdorf als die Stadt ohne Sozialpolitik bezeichnet.

Vorliegende Beispiele zeigen zur Genüge, daß es hinsichtlich der Arbeiterfreundlichkeit der Stadtverwaltung recht eigenartig bestellt ist. Leider wird die Verwaltung noch bestens unterstützt von solchen Kollegen, die sich für die Harmoniebuslei der Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine erklären. Statt energisch Sturm zu laufen, hat man von dieser Seite aus noch eine Zustimmung zu den Maßnahmen des Magistrats gegeben, und für die städtischen Arbeiter wird auch nicht früher eine bessere Aera anbrechen, als bis sie sich losgesagt und der freien Organisation, dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, zur Vertretung ihrer eigenen Interessen zugewandt haben.

Kurz vor Redaktionsschluss geht dem Vorstand unseres Verbandes vom Magistrat nachstehendes Schreiben zu:

„Wir haben beschlossen, über eine Neuberatung der Arbeitsordnung und der Ordnung für den Arbeiterausschuß erst zu entscheiden, nachdem die Arbeiterausschüsse zu den Ordnungen und den bisher bekannt gewordenen Abänderungswünschen Stellung genommen haben.“

Das uns eingesandte Material, für das wir bestens danken, wird dann gegebenenfalls Verwendung finden können.

Der Magistrat.

Tanach hat unser Vorgehen doch den gewünschten Erfolg gehabt. An unseren Kollegen liegt es jetzt, selbst für annehmbare Verhältnisse zu schaffen. Dazu gehört aber Einbeit in allen Fragen. Öffentlich bleibt dies nicht aus.

Müte edelsten Gemütes

Ist die Rücksicht; doch zu Zeiten

Sind erfrischend wie Gewitter

(Goldne Rücksichtslosigkeit.)

(Theodor Storm.)

Brief aus Aachen.

Der „Christliche“ Staats- u. w. Verband macht sich hier in Aachen bei Wahlzeiten besonders bemerkbar. Ganz besonders bei den Stadtratswahlen im vorigen Jahre setzte das Allverweltverbändchen mit einer lebhaften Agitation unter den städtischen Arbeitern ein. In ihren Versammlungen erschienen Stadträte und Reichstagsabgeordnete. Weitgehendste Berücksichtigung ihrer Wünsche wurde den städtischen Arbeitern zugesagt. Die Wahl kam und niemand machte so eifrig für das Zentrum den Wahlklapper, wie der Vorsitzende des „Christlichen“ Gewerkschaftsartikels. Eine ganze Anzahl von armen Teufeln, die für Hungerlöhne von 2,80 bis 3,60 Mk. täglich im Dienste der Stadt sich abschufeln dürfen, waren dumm genug, den Versprechungen der „Christlichen“ Führer zu glauben, und wählten Kommerzienräte, Bauunternehmer usw. in den Stadtrat.

Im September v. J. wurden die Wünsche der städtischen Arbeiter der Stadtverwaltung überreicht. Dreizehn Monate hatte es gedauert, ohne daß die Welt über den Verbleib der Eingabe etwas vernahm. Und weil die Arbeiter allmählich einsahen, daß sie genarrt wurden und infolgedessen nach dem Bericht des „Aachener Volksfreund“ vom 24. Oktober von der christlichen Organisation abrückten, vielleicht auch, weil die Ortskrankentassenwahlen vor der Tür stehen und man wieder Dummheit braucht, fand am 23. Oktober wieder einmal eine Versammlung statt, um den Jahrestag der Eingabe durch einige radikale Phrasen zu feiern. Zander und Kuhn aus Köln legten gegen die Stadtverwaltung mächtig los, und Herr Königsbosen, der Vorsitzende des „Christlichen“ Gewerkschaftsartikels und Mitglied der sozialen Kommission, wies den Vorwurf, er hätte in der Kommission nichts getan, von sich ab. Dem „Arbeiterstadtrat“ Müller, dem putterweichen Franz, muß es wohl etwas schül dabei geworden sein, und so bat er denn in der Stadtverordnetenversammlung vom 28. Oktober flehentlich, ihm doch zu beschleunigen, daß er keine Schuld an der Verschleppung trage. Aber da kam er schon an. Der Oberbürgermeister, der auf der Generalversammlung des Textilarbeiterverbandes so schön vom friedlichen Zusammenarbeiten mit den „Christlichen“ Organisationen geredet und, nebenbei bemerkt, die Sozialdemokratie manjotet geschlagen hatte, sprach in seiner Antwort auf des Herrn Müllers Frage von „Heben und auswärtsigen Agitatoren“, die die zufriedenen städtischen Arbeiter aufwiegelten! Er drohte, daß diejenigen, die in der Sonntagsversammlung gewesen sind, aus Plänter fliegen würden. „Denn diese Arbeiter“, sagte der Oberbürgermeister, „haben das Recht verwickelt, städtische Arbeiter zu sein.“ Ferner erklärte er, daß an eine Regelung der Löhne nicht zu denken sei, und daß auch bei der Beratung über die sonstigen Wünsche ein Vertreter der Arbeiter nicht zugelassen werden sollte. Die „Soziale Kommission“ könne sich mit der Angelegenheit nochmals befassen. Es wird also wahrscheinlich wieder ein Jahr vergehen, um zu erheben, zu erwägen, zu beraten, zu berichten usw., wie die Aachener Arbeiter an der Nase herumgeführt werden.

Mit der Stellung des Oberbürgermeisters und des Stadtverordnetenkollegiums zu Lohn- und Organisationsfragen der städtischen Arbeiter sollte sich eine auf Sonntagmittag, den 6. November, nach dem Lokal „Zur Maus“ einberufene Versammlung unseres Verbandes befassen. Die Besucher fanden das Lokal verschlossen. Der Wirt hatte sich, wie er sagte, durch das Zureden eines Stadtschretärs zur Verweigerung seines Lokals überreden lassen. Da würde über den Oberbürgermeister geredet, und dazu wolle er sein Lokal nicht hergeben. Es blieb so nichts anderes übrig, als eine andere Stätte zu suchen, um das zu sagen, was dienstbesessene Leute gern verhindern möchten. Die Versammlung fand darauf bei Postmeier statt. Der „Christliche“ Verband hatte gleichzeitig eine Versammlung einberufen. Ihr Besuch war so schwach, daß die Teilnehmer es für besser hielten, gleich Schluss zu machen und zur freien Versammlung zu kommen. Hier nahm Genosse Binder-Köln Gelegenheit, die Arbeits- und Lohnverhältnisse der Staats- und Gemeindearbeiter unter besonderer Berücksichtigung der rheinischen Verhältnisse darzulegen und an der praktischen Tätigkeit der vom Zentrum beherrschten rheinischen Kommunalgemeinden zu zeigen, daß das Zentrum die dringendsten Forderungen der Arbeiter ebensowenig erfülle, wie die nationalliberalen Scharfmacher. In ausführlicher Weise ging der Redner auf die Aachener Verhältnisse ein. Hier werden Arbeiter beschäftigt, die täglich 2,80 Mk. erhalten. Sie haben Anwartschaft, in zehn Jahren bis auf 3,40 Mk. zu steigen, das ist pro Jahr um 6 Pf. Auch die höheren Lohnklassen sind nicht viel besser gestellt. Ihr augenblicklich günstiger Stand in den höchsten Klassen sei durch die geringe Zahl der hierzu gehörigen Arbeiter bedeutungslos. Die Verhand-

lung über die von der Stadt gezahlten Arbeitslöhne habe auch bewiesen, daß weder ein „Christlich“ sogenannter Arbeiterstadtrat, noch ein christliches Verbändchen eine Besserung erzielen könne. Hier helfe nur eine kräftige, freie Organisation, die sich nicht durch und die nach dem Oberbürgermeister nicht mehr frage wie nach jedem anderen Unternehmer. Mit Bitten und Kniebeugen gehe es nicht, somit bleibe kein anderer Weg, als durch systematische Aufklärung und Organisierung der Arbeiter, unterstützt durch die Kritik der Zustände in der Arbeiterpresse, die Grundlage für eine bessere Zukunft zu schaffen.

In der Debatte trat der christliche Verbandsbeamte Zander aus Köln der Kritik des Referenten bei! Er erklärte sich als Zentrumsmann durch und durch, aber gegen diese reaktionäre Zentrumsmehrheit im Aachener Stadtverordnetenkollegium müsse energisch angekämpft werden. Genosse Honrath wies den Vorredner darauf hin, daß diese Mehrheit von der Partei gebildet werde, zu der Herr Zander sich eben selbst bekannt habe. Er frage, warum es solcher Forderungen bedürfe, wenn das Zentrum in Wahrheit eine soziale Partei sei? Dann müßten die Aachener Arbeiter doch Löhne haben, die als gut bezeichnet werden könnten. Der Redner erinnerte daran, daß die Stadt es war, die vor zwei Jahren den bei ihr beschäftigten Invaliden die Bedingung stellte, entweder auf die Invalidenrente zu verzichten, oder sich mit einem Tagelohn von 80 Pf. bis 1,20 Mk. zu begnügen. Da rede man doch nicht von städtischer Sozialpolitik. Genosse Honrath nahm in scharfer Weise Stellung gegen die liberale Mehrheit. Sie sei für die Reden und Taten der Stadtverwaltung verantwortlich. Gegen sie müsse sich der Kampf richten. Wenn nur ein einziger Sozialdemokrat im Stadtrat säße, hätte der Oberbürgermeister sich nicht erlaubt, so rabiat gegen die Arbeiter vorzugehen; aber bei der gegenwärtigen Zentrumsmehrheit hätte der Oberbürgermeister ein steifes Rückgrat. Es müsse bei den kommenden Wahlen gezwungen werden, daß keine vom Zentrum abhängige Weichlinge als Vertreter ins Rathaus kämen, sondern solche Vertreter, die den Herren von der Verwaltung die richtige Antwort nicht schuldig blieben; da müßten Sozialdemokraten hinein. In einer Resolution erklärte die Versammlung sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Während der Abstimmung verließ etwa ein Dutzend der christlichen Anhänger den Saal. Ein wiederholt aus freien Gewerkschaften Ausgeschlossener, der sich vorher schon störend bemerkbar gemacht hatte, zog mit ihnen ab. Er setzte draußen das Skandalisieren fort und beschimpfte einen der Redner in gröblicher Weise. Nachdem der Wirt den Störenfried an die frische Luft befördert hatte, nahmen die Christlichen sich ihren „Kollegen“, wie Herr Zander ihn nannte, mit.

Den städtischen Arbeitern möchten wir dringend raten, wenn sie sich bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse erkämpfen wollen, sich unserer starken und auf gesunder Grundlage stehenden freien Organisation anzuschließen. J. R.

Wasserbauarbeiter

Freising. Die hiesige, aus Wasserbauarbeitern bestehende Filiale faßte in einer Versammlung am 18. September den Beschluß, beim Straken- und Flußbauamt die Forderung nach einer Erhöhung der Lohnsätze um 30 Pf., Schaffung eines ständigeren Arbeitsverhältnisses mit 14tägiger Kündigungsfrist für schon längere Zeit beschäftigte Arbeiter, Einführung von Urlaub und Entfernungszulagen und allwöchentlicher Lohnzahlung einzureichen. Eine Entscheidung der maßgebenden Behörden ist noch nicht erfolgt; doch würden die geringeren Löhne kürzlich von 3,20 Mk. auf 3,40 Mk. aufgebessert. Jene Arbeiter, die infolge längerer Dienstzeit usw. schon 3,40 Mk. und mehr hatten, erhielten nichts, was natürlich böses Blut verursachte. Sollte das Bauamt glauben, daß die Geschichte in dieser Form Erledigung finden könne, so wird es sich täuschen. Nicht nur alle Arbeiter benötigen die geforderte Aufbesserung, sondern auch die übrigen Anträge sind so berechtigt, daß sie erfüllt werden müssen.

Landshut. Am Sonntag, den 13. November, fand im „Mündener Hof“ eine Versammlung unserer Filiale statt. Der Besuch aus Kreisen der Wasserbauarbeiter war sehr gut; auch erfolgten mehrere Kenaufnahmen, so daß die Filiale bereits 70 Mitglieder zählt. Weiterer Zuwachs steht in Aussicht. Mit Interesse folgten die Anwesenden den Ausführungen des Leiters. Sobald über unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse Einverständnis wurde die Forderung aufgestellt, daß jede Woche (nicht alle vierzehn Tage) anbezahlt wird und daß kein Arbeiter unter 3 Mk. pro Tag entlohnt werden dürfe. Ebenso müßten bei den entlegenen Arbeitsstellen Entfernungszulagen gewährt werden, wie auch überall ein Verbandskasten zur Stelle sein soll. Das Arbeiterauschüßmittlerkollege Deutsch wurde ersucht, bei der Arbeiterauschüßung

nach Kräften für diese Anträge einzutreten, was dieser auch versprach. Wenn die Landshüter Kollegen tapfer zusammenhalten, so muß ihnen auch ein Erfolg beschieden sein.

Trostberg. Ein Scherzenkind unter den Wasserbauarbeitern bildet die zum Bauamt Traunstein zählende Baustelle Trostberg. Voriges Jahr fand ein 14tägiger Streik statt zwecks Lohnerhöhung, die auch erreicht wurde. Nachher traten die Arbeiter zum Teil aus der Organisation aus, verzogen in andere Gegenden, so daß nur mehr ein kleiner Teil Mitglieder vorhanden ist. Diese Situation übersah auch die Bauleitung, die nun den Arbeitern im Winter den Lohn kürzte. Zum Verständnis der Leser sei eingefügt, daß in dem staatlichen Betriebe Tagelöhne gezahlt werden, so daß ein Abzug bei kürzerer Arbeitszeit nichts anderes als ein verschleierter Stundenlohn ist. Andere Bauämter machen ja unseinerseits solche Manöver nicht, das bleibt Traunstein vorbehalten. Aber nun ist Solland in Not; jetzt muß wieder der Verband her, der soll jetzt schleunigst Hilfe bringen. Mit Verlaub, so liegen die Dinge nicht. Wer würde nicht lachen, wenn man im Falle einer Kriegserklärung an das Reich mit der Einberufung und Abrichtung der Rekruten beginnen oder erst eine Kanonenlieferung bestellen wollte? Den Unfinn würde jedes Kind einsehen. Aber beim Kampf in der Arbeiterbewegung, beim Kampf um mehr Lohn pflegen so manche Arbeitergruppen — besonders die Staatsarbeiter — nichts zu tun, bis der Kriegsruf erschallt: „Dannibal steht vor den Toren“. Also, Kollegen! Müßen wir beizugehen, um den heranommenden Anführern der Arbeitgeber, insbesondere auch des Strahlen- und Flußbauamtes Traunstein, mit genügender Deutlichkeit entgegenzutreten zu können. Diese Rüstung für die Arbeiter heißt nicht nur „Beitritt“, sondern auch „Ausballen“ bei der Organisation.

Notizen für Gasarbeiter

Hamburg. Die Rohrnetzarbeiter hielten am 5. und 14. November Versammlungen ab, um sich mit den neuesten Bescheiden der Behörde betreffs der Arbeitszeit im Winter zu befassen. Der Obmann des Arbeiterausschusses, A. Lüth, hatte folgendes, vom 2. November 1910 datiertes Schreiben erhalten: „Auf Ihr Gesuch vom 22. Oktober d. J., betreffend die Arbeitszeit im Rohrnetzbetrieb der Gaswerke, benachrichtige ich Sie ergebend, daß die Deputation für das Beleuchtungswesen die Verkürzung der Arbeitszeit im Winter abgelehnt hat; demnach dauert die normale Arbeitszeit beim Rohrnetzbetrieb der Gaswerke im Sommer und im Winter täglich zehn Stunden. Die Direktion der Gaswerke.“ Nach längerer Debatte, in welcher abermals von allen Seiten auf die Schädlichkeit und Nachteile der Arbeitszeit von 7 bis 6 Uhr mit nur je zwei halbtägigen Pausen hingewiesen wurde, wurde diese Resolution angenommen: „Die versammelten Rohrnetzarbeiter nehmen von dem Weisung der Deputation Kenntnis, und bedauern lebhaft den ablehnenden Standpunkt der Behörde in einer für die Gesundheit der Arbeiter ebenso wie für die Betriebssicherheit wichtigen Frage. Sie beauftragen den Arbeiterausschuß, noch einmal bei der Behörde vorstellig zu werden und folgenden Antrag einzubringen: 1. Die Arbeitszeit so einzurichten, wie die Baudeputation dies für ihre Arbeiter im § 10 des Lohntarifs vorschreibt; 2. für die kurzen Tage im Winter vom dritten Sonntag im November ab gerechnet, auf die Dauer von zehn Wochen einen Winterlohn einzuführen, der für Arbeiter mit einem tarifmäßigen Lohn von a) über 30 Mk. pro Woche um 2 Mk. pro Woche, b) bis zu 30 Mk. tarifmäßigen Lohn pro Woche um 1 Mk. pro Woche geringer ist als in der übrigen Zeit des Jahres, c) für Tagelöhner soll, da deren Löhne ohnehin zu niedrig sind, kein Lohnabzug erfolgen.“ Die Abstimmung über diesen Antrag erfolgte getrennt nach Lohngruppen. Der Arbeiterausschuß beridete am 14. November, daß er sofort in diesem Sinne gehandelt und um eine Verhandlung gebeten habe. Die Behörde habe nun die Wahl einer Kommission, bestehend aus einem Wegemeister, einem Anbohrer und zwei Arbeitern angeordnet, welche am Dienstag, 15. d. M., zu wählen ist und welche am Freitag, 18. d. M., bei der Direktion vorstellig werden soll. Hierüber entwickelte sich nun eine längere äußerst lebhafteste Diskussion. Alle Diskussionsredner erklärten, die Bekanntmachung der Direktion so zu verheßen, daß die Kommission zur Unterbrechung des Arbeiterausschusses berufen werde, da zurzeit kein Rohrnetzarbeiter in ihm Sitz und Stimme habe. Im übrigen hielten sich alle Redner auf dem Boden des § 34 der Arbeitsordnung, welcher folgendermaßen lautet: „Abänderungen und Ergänzungen dieser Arbeitsordnung, sowie der Erlass von Sondervorschriften für einzelne Betriebszweige bleiben vorbehalten. Solche Abänderungen, Ergänzungen oder Sondervorschriften werden durch Anschlag in den den Arbeitern zugänglichen Männen des Beleuchtungswezens veröffentlicht, nachdem gemäß § 134 d Abs. 2 und § 134 h der Gewerbeordnung, der aus dem Vorstände der Betriebskrankenkasse bestehende Arbeiterausschuß über dieselben gehört worden ist, und bilden die neuen Bestimmungen alsdann einen Teil der gegenwärtigen Arbeitsordnung, und sind wie diese für sämtliche Arbeiter verbindlich.“ Die Meinung der Versammlung bezüglich des Arbeiterausschusses wurde durch Annahme der fol-

genden Resolution festgestellt: „Die versammelten Rohrnetzarbeiter der Gaswerke ziehen auf dem Boden des § 34 der Arbeitsordnung, und konstatieren, daß dieser auch für die Behörde und Verwaltung maßgebend ist. Wegen die wiederholte Nichtbeachtung des Arbeiterausschusses wird Verwahrung eingelegt. Nach den Bestimmungen eines hohen Senats erscheint nur der Arbeiterausschuß kompetent, für die Arbeiter rechtmäßig mit der Verwaltung beziehungsweise mit der Behörde zu verhandeln. Die Versammlung erwartet daher, daß die Behörde beziehungsweise die Verwaltung dem Arbeiterausschuß Gelegenheit gibt, seine Anträge mündlich zu vertreten und darüber zu verhandeln.“ Bezüglich der Wahl einer Kommission beschloß die Versammlung am 14. November, daß sie unter Hochhaltung der Beschlüsse der Versammlungen vom 17. Oktober und 5. November d. J. nach Maßgabe des § 34 der Arbeitsordnung alle das Lohn- und Arbeitsverhältnis betreffenden Angelegenheiten durch den Arbeiterausschuß geregelt zu sehen wünscht. Eine etwaige Kommission, welche aus den Kreisen der Rohrnetzarbeiter zu wählen ist, hat lediglich die Aufgabe, neben dem Arbeiterausschuß die besonderen Ansichten ihrer Mitarbeiter über die Frage der Arbeitszeit im Sinne des Ausschusses vom 5. November d. J. vorzutragen, beziehungsweise diese Anträge aus ihren praktischen Erfahrungen heraus zu begründen. Die Kommission hat sich dagegen jeder selbständigen Handlung, Beschlußfassung oder Abgabe einer Willenserklärung namens ihrer Mitarbeiter zu enthalten. Das ist einzig und allein Sache des Arbeiterausschusses.“ Nach Annahme dieser Prinzipienklärung beschloß die Versammlung die Wahl einer Kommission gut zu heißen und stellte die Kandidaten auf.

Ein Gemütsmenschen in Bingen, der Betriebsleiter des Gaswerks, Herr Bünnemann, schreibt uns unterm 16. November: „Geehrte Redaktion! Vom Zweigbüro Frankfurt a. M. wurde mir die Nr. 45 der „Gewerkschaft“ zugesandt, in welcher ein Artikel aus Bingen enthalten ist, worin die Zustände geschildert werden, die auf dem Gaswerk daselbst herrschen. Aus dieser Schilderung ist unschwer zu entnehmen, aus welcher Feder diese Mitteilung über die erschreckenden Zustände geflossen sind, jedenfalls nicht aus die Ihrige. Da Sie aber verantwortlich für die Artikel sind, kann ich nicht umhin, Ihren Mut zu bewundern, für solche Zuschriften ohne weiteres, ohne sich von der Wahrheit zu überzeugen, die Verantwortung zu übernehmen. Der Binger Artikel ist von Anfang bis zu Ende aus Unwahrheiten zusammengesetzt (ich vermeide es, den richtigen Ausdruck zu gebrauchen) und dürfte Sie daraus ersehen, wie leicht Ihnen aus der Aufnahme solcher einseitigen Schilderungen, wie das Blatt ja noch mehrere enthält, Unannehmlichkeiten erwachsen könnten. Ich könnte ja von Ihnen eine Richtigstellung der Tatsachen, nachdem ich Ihnen solche gegeben hätte, verlangen, aber ich unterlasse dieses, da es mir zwecklos erscheint, weil doch nur die Binger Gasarbeiter interessiert sind, und diese, mit Ausnahme des Artikelschreibers, die wahren Zustände ja kennen und damit zufrieden sind und auch sein können. Es hieße somit Eulen nach Athen tragen, wenn ich mich an obiger Stelle gewissermaßen rechtfertigen oder reinwaschen wollte, denn einer solchen Verichtigung würde kein Genosse Glauben schenken, da dieselben ja zu leicht geneigt sind, in jedem Vorgesehen einen Unterdrücker, einen Tyrann, einen Arbeiterfreier, kurzum einen Unmenschen zu erblicken. Selbst aus dem Arbeiterstande hervorgegangen, liegt mir nichts ferner, als ungerne gegen die mir unterstellten Arbeiter, deren Wohl mir stets habe angelegen sein lassen. Nur persönliche Geheißigkeiten des Artikelschreibers haben es ermöglicht, Ihnen ein solches Lügengetwebe aufzutischen.“

Ein ähnliches Schreiben ging unserer Frankfurter Gau-leitung zu. Wir können — um mit dem Verfasser dieser nicht so sagen den Notiz zu reden, nicht umhin, den „Mut“ des Herrn B. zu bewundern, der „eine Richtigstellung der Tatsachen geben könnte“, und dies nicht nur unterläßt, sondern obendrein den Artikelschreiber beschimpft. So lange Herr B. also seine „Eulen nicht nach Athen trägt“, muß es schon bei den in Nr. 45 gerügten Missetatenden sein Verenden haben. Das letzte Wort werden übrigens die Binger Gasarbeiter noch sprechen, indem sie durch unablässige Organisationsarbeit die Vorbedingungen schaffen, um allen Uebergriffen und Mißständen erfolgreich zu begegnen.

Aus der Praxis der Arbeiterversicherung

Eine in Unfallsachen wichtige Entscheidung für Laternenwärter. In Hamburg hatte ein staatlicher Laternenwärter das Anzünden und Löschen der am Bauzaun eines Hotelneubaus angebrachten drei Mäntellaternen als Nebenbeschäftigung übernommen. Diese Arbeit vergütete ihm die Bauleitung mit 3,50 Mk. pro Woche. Beim Anzünden der Laternen in eines Nachts der Wärtler tödlich verunglückt. Die Witwe erhob nun Anspruch auf Hinterbliebenenrente und Sterbegeld. Zur Erzwingung ihrer Ansprüche war sie genötigt, Klage beim Schiedsgericht für Arbeiterversicherung anzutragen. Dieses erkannte dem Laternenwärter als Betriebsunfall an und verurteilte die Hamburgische Bauwerks-Vereinsgenossenschaft zur Erfüllung der ihr durch diesen Unfall obliegenden

gesetzlichen Verpflichtungen. Da nach der Entscheidung des Reichs-Versicherungsamts der gesamte Arbeitslohn zu berücksichtigen ist, den der Verletzte während des letzten Jahres vor dem Unfall verdient hat, auch derjenige durch Arbeiten außerhalb des Betriebs, in dem sich der Unfall ereignete, muß mithin des Verunglückten Verdienst als Vaternenwärter — 52 Wochen zu 25 Mk. — mit seinem 300fachen Tagesdurchschnittsverdienst im Betriebe des Unfalls 3,50 Mk. pro Woche; also 0,50 Mk. mal 300 gleich 150 Mk. zusammengerechnet werden. Das ergibt eine Summe von 1150 Mark (1300 + 150). Diese Summe ist also der Rentenberechnung zugrunde zu legen. Den Antrag auf Mohnenerhaltung hat das Schiedsgericht abgelehnt. Hiergegen erhob die Beklagte Rekurs beim Reichsversicherungsamt. Dieses bestätigte das Urteil des Schiedsgerichts und verurteilte auch die Beklagte zur Tragung der Mohnen. In der Begründung des Urteils wird u. a. gesagt: Der Verunglückte war unteilhaftig in dem Betriebe der städtischen Deputation für das Beleuchtungswesen in S. als Vaternenwärter gegen seinen Wochenlohn angeheilt. Er hatte von seiner vorgesetzten Dienstbehörde die Erlaubnis erhalten, nebenbei die an dem Bauzamme des in seinem Mevier belegenen Neubaus des Lischen Hotels angebrachten Malenlaternen zu bedienen, d. h. anzuzünden, auszulöschen und falls eine von ihnen im Laufe der Nacht ausging, sie wieder in Brand zu setzen. Bei der letztgenannten Tätigkeit ist er tödlich verunglückt. Er hatte von dem Unternehmer des Neubaus für seine Nebenbeschäftigung bei ihm einen feinen Wochenlohn erhalten, ist aber in seinen Vohuliten nicht geführt worden. Die Malenlaternen wurden nicht von den städtischen Gaswerken, sondern durch Öl oder Petroleum geheizt. Danach hat sich der Unfall nicht im Betriebe der Gaswerke ereignet; denn die Gaswerke unterhielten die Malenlaternen weder unmittelbar, noch wurden sie mittelbar in ihrem Interesse unterhalten. — Dagegen hat die Hamburgische Bau-gewerkschaft-Verufsgenossenschaft für den Unfall einzutreten.

Aus unserer Bewegung

Berlin. Alle Jahre wieder, wenn es Herbst wird und der Winter herannahet, entläßt die Stadt Berlin Dundernde ihrer Parlarbeiter und Arbeiterinnen. Ist die Stadtverwaltung daran schuld? Wer wird das behaupten wollen! Die Stadt hat eben keine Arbeit mehr für die Leute, sagt man, und vor allem: es ist kein Geld da. Der Etat ist aufgebraucht. Daß sie nicht auch den Winter über für die Stadt nutzbringende Arbeit verrichten könnten, daran glauben die entlassenen Parlarbeiter nicht recht. Im Jahre 1908, als die Krise so furchtbar auf der deutschen Arbeiterschaft lastete, da zeigte die städtische Verwaltung schließlich doch soviel soziales Verständnis, daß sie ausnahmsweise einmal von den üblichen Entlassungen Abstand nahm. Die dadurch vor der bittersten Not bewahrten Arbeiter wurden dann den Winter lang nicht etwa mit mehr oder minder nutzlosen Notstandsarbeiten beschäftigt, sondern mit Arbeiten, die gemacht werden mußten und der Bevölkerung Berlins voll zum Nutzen gereichten. Die Parlarbeiter sind der

Herr Giesberts in Amerika.

Herr Giesberts hat in den letzten Wochen eine Vortragstour durch die Vereinigten Staaten von Amerika unternommen, und zwar unter den Auspizien des Zentralvereins der deutschen Katholiken Amerikas und im Auftrage des Katholischen Vereins in Deutschland. Der ausgesprochene Zweck dieser Vorträge war der, die amerikanischen Arbeiter vor der Sozialdemokratie zu warnen.

Mitte Oktober sprach Herr Giesberts auch in Philadelphia, und zwar vor einer großen Zuhörerschaft; es war, wie er selbst sagte, die größte seiner Versammlungen in Amerika gewesen.

Ich hätte gewünscht, daß alle diejenigen christlich organisierten Arbeiter, die nicht katholisch sind, diesen Vortrag gehört hätten. Sie würden dann selbst aus dem Munde eines ihrer Führer vernommen haben, daß der alleinige, der höchste Zweck der christlichen Arbeiterbewegung die Stärkung der katholischen Kirche ist, neben der Bekämpfung des Sozialismus.

„Ein jeder katholische Arbeiter, der sozialistisch denkt und fühlt, vergeht sich an unserer heiligen Mutter, der Kirche. Denn der Sozialismus ist der Todfeind der Kirche.“ So sagte Herr Giesberts. Und die „hohe Geistlichkeit“, die auf der Bühne saß, spendete ihm Beifall.

„Aus religiösem Gefühl heraus müssen wir Katholiken die soziale Frage lösen, die praktische Nächstenliebe auch verwirklichen, zur Ehre unserer heiligen Mutter, der Kirche.“

„Um die Schläfenden noch aufzurütteln, um den Kampf gegen den Sozialismus energisch zu führen, bedarf es besonders auch der Mithilfe unserer „hohen Geistlichkeit“, denn wir dürfen nicht vergessen, welden großen Einfluß sie auf die Laienwelt ausübt.“

Ja, die katholische Kirche, er hat sie oft erwähnt und oft betont, daß im letzten Grunde die christliche Arbeiterbewegung mit ihren 400.000 auf ein Paar mehr kommt es bekanntlich nicht an Mitglieder nur im Dienste der katholischen Kirche stehen.

Herr Giesberts wurde natürlich vor deutschen Arbeitern anders gesprochen haben, denn da sagt man das mit der katholischen Kirche

Meinung, daß auch jetzt genug zu tun wäre, um die Massenentlassungen zu vermeiden, und soweit das wirklich nicht der Fall sein sollte, könnten die Entlassenen doch in anderen städtischen Betrieben, z. B. in den Gasanstalten, weiter beschäftigt werden, wo im Winter mehr Arbeitskräfte gebraucht werden als im Sommer. Daß sie zu solcher Arbeit nicht fähig sein sollten, ist ein Irrtum, denn die Parlarverwaltung sucht sich bei Neueinstellungen auch schon lange die kräftigsten Leute in den besten Lebensjahren heraus. Am 21. Oktober wurde nun der Ausschuß der Parlarbeiter bei dem Oberbürgermeister Kirchner vorstellig. Der Ausschuß verzichtete in diesem Fall auf den vorgeschriebenen Instanzenweg, weil man sich schon im vorigen Jahre ohne den gewünschten Erfolg an die Parlardeputation gewandt hatte, sowie auch an den Bürgermeister Reide, der damals ganz abnungelöst von den Entlassungen war und erklärte, daß er sich künftighin davon informieren lassen wolle, um eventuell für eine Verschiebung der überflüssigen Arbeitskräfte zu sorgen. Daß das nichts genützt hat, beweist der Umstand, daß in diesem Jahre schon 500 bis 600 Parlarbeiter entlassen sind. Man hat diesmal sogar schon im Hochsommer mit den Entlassungen begonnen. Der Ausschußvertreter Klippert sagte zu dem Oberbürgermeister unter anderem, daß in allen Revieren Entlassungen stattgefunden haben und daß die Leute, die so aufs Pflaster geschickt wurden, nun meist dem Elend preisgegeben seien. Er ersuchte den Oberbürgermeister, doch nach Möglichkeit für Abhilfe zu sorgen. Herr Dr. Kirchner erwiderte, daß er die Angelegenheit der Parlarbeiter nicht als Ausschußmitgliedern empfangen könne, da sie das Statut und die Vorschriften für den Ausschuß nicht innegehalten und den Instanzenweg nicht befolgt hätten. Er sei aber dennoch nicht abgeneigt, ihnen Gehör zu schenken. „Es gibt“, sagte er dann weiter, „ja auch andere Betriebe, wie z. B. die Arbeit auf den Steinplätzen, die im Winter nicht weiter geführt werden. Es liegt ja doch nun einmal in der Natur, wie dies schon in der Bibel steht, wo es heißt, daß nicht aufhören wird Sommer und Winter, Frost und Dike usw. Und wenn Gott selbst schon solche Einrichtung geschaffen hat, so können wir Menschen nicht dagegen sein. Freilich wollen wir nach besten Kräften auch den Arbeitern gegenüber unser möglichstes tun. Die Gasanstalten brauchen mehr Arbeiter im Winter als im Sommer und auch auf dem Pflanzplatz und im Botanischen Garten sind für den Winter noch Arbeiten in Aussicht genommen.“ Der Oberbürgermeister versprach schließlich, nach Möglichkeit dafür sorgen zu wollen, daß diese Arbeiten fortgesetzt und den Parlararbeitern Beschäftigung gegeben werden soll. Nachdem noch ein Ausschußmitglied erklärt hatte, daß man ganz damit zufrieden sein könne, wenn auf solche Weise für Beschäftigung der Entlassenen gesorgt und weiteren Entlassungen vorgebeugt werde, erhob sich der Oberbürgermeister und die Audienz war beendet. Am Sonnabend hielten nun die Parlarbeiter bei Schütte in der Jüdenstraße eine zahlreich besuchte Versammlung ab, in der über die Audienz beim Oberbürgermeister Bericht gegeben wurde. In der Versammlung trat allgemein die Ueberzeugung hervor, daß die Parlarbeiter nur dann ihre Verhältnisse gründlich verbessern können, wenn sie ihre ganze Kraft für die gewerkschaftliche und

und dem Zentrum nicht so gerade heraus. Aber hier in Amerika sprach er ja speziell zu katholischen Arbeitern, da konnte man ruhig die Wahrheit sagen. Charakteristisch war ferner, daß am Schlusse ein Redner der „hohen Geistlichkeit“ den tiefgefühltesten Dank aussprach. Denn wenn der Besuch ein so guter sei, sei es nur der Geistlichkeit zu danken gewesen. Ja! Die Nacht des Merkur.

Reiner wurde eine Protestresolution gegen die Vertreibung der Nonnen und Mönche aus Portugal angenommen. Ich bin ostentativ sitzen geblieben. Falls es also „einstimmig“ heißt, ist es falsch.

Aber der Hauptgrund, der mich treibt, die Rede des Herrn Giesberts zu kritisieren, ist der: die einfach merckwürdige Lobpreisung der deutschen Arbeiterversicherung. „Wir haben Kranken-, Unfall-, Alters-, Invaliden- und bekommen noch Witwen- und Waisenversicherung. Wir haben alles, daß wir sagen können: In Deutschland ist jeder Arbeiter durch die Versicherung so gestellt, daß er niemals die öffentliche Wohlfahrt in Anspruch zu nehmen braucht, daß er nicht der Armenpflege zur Last fällt. Und wenn er glaubt, er bekommt sein Recht nicht, kann er klagen, bis in die höchste Instanz hinauf, ohne daß es ihm einen Pfennig kostet.“ Wenn also die deutschen Arbeiter sich über das Unzulängliche der Versicherung, über den Kampf um die Rente, die fortwährende Beschneidung derselben usw. beklagen, so haben sie unrecht. Herr Giesberts wird es ihnen beweisen, hat er es doch in Amerika verkündet: „Jeder Arbeiter steht so in Deutschland da, daß er der Armenpflege nicht zur Last zu fallen braucht.“

Herr Giesberts ist im Irrtum, wenn er Deutschland als das beste Land der Arbeiterversicherung hinstellt. Großbritannien mit seiner Alterspension, die der Staat ohne jeden Beitrag zahlt, ist uns sicher voran. Hier ist die Vereinfachung schon durchgeführt, während in Deutschland durch die getrennte Versicherung gewaltige Summen durch Verwaltungsstellen verschlungen werden, die den Versicherten zugute kommen könnten.

Allerdings gegen Amerika ist in Deutschland immer noch besser für den Arbeiter gesorgt. Und das kommt daher. Deutschland hat eine starke politische Arbeiterpartei. Ohne dieselbe, ohne die Sozialdemokratie wäre auch in Deutschland nichts. Diese geschichtliche

politische Organisation einsehen. In dieser Ueberzeugung wurden sie noch weiterhin beflächt durch die Ausführungen des Stadtv. G. Schulz, der ihrer Einladung zur Versammlung gefolgt war. Im übrigen wurden die Aeußerungen des Oberbürgermeisters sowohl vom Kollegen Polenske wie von einer Anzahl Parlarbeiter scharf kritisiert. Namentlich, daß das freisinnige Stadtoberhaupt sich wie andere große Herren von Gottes Gnaden auf die Bibel beruft, schien den Versammelten durchaus unangebracht. Das Trostwort, das der Bischoff nach dem Verlauf der Sintiust Koch und dem Menschengeschlechte gab und in dem es übrigens auch heißt, daß nicht aufhören solle Samen und Ernte, kann doch wahrhaftig nicht als Entschuldigung dafür gelten, daß die Stadt Berlin alljährlich ein halbes Tausend und mehr ihrer Arbeiter für die Winterzeit dem Hunger und der Not preisgibt. Wenn das jetzt doch Gottes Wille gewesen wäre, da hätte er doch mindestens auch dafür gesorgt, daß den Berliner Parlarbeitern ein Winterurlaub wie dem Dachs beschieden worden wäre. Aber den Saisonarbeitern der Parkverwaltung werden keine Saisonlöhne bezahlt, von denen sie sich soviel Zeit ansammeln könnten, um den Winter über davon zu zehren.

Viebrich a. N. Es war bisher schon eine hinlänglich bekannte Tatsache, daß in unserem Abendsächlichen die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der städtischen Arbeiter außerordentlich ungünstige sind. Trotzdem gelang es erst Anfang August d. J., mit der Organisation unter den Kollegen einzudringen. In mehreren Versammlungen legte Kollege Mar o l e den Erscheinungen die Notwendigkeit des Zusammenschlusses klar, was auch den Erfolg hatte, daß wir bereits eine ganz beträchtliche Anzahl zu unseren Mitgliedern zählen. Die Verhältnisse liegen aber hier so schlecht und die Löhne sind derart niedrig, daß es einiger Opferwilligkeit seitens der Kollegen bedarf, um die Beiträge aufzubringen. Es werden hier noch Löhne von 20 bis zu 25 Pf. pro Stunde bezahlt; nur wenige kommen bis zu 30 Pf. Uns wurden Lohnzettel vorgelegt, nach welchen der ganze Wochenverdienst 13,10 und sogar 9 Mk. betrug, wovon dann auch noch jede Woche 1 Mk. für im vorigen Winter erhaltene Armenunterstützung in Abzug gebracht wird! Leute mit einem solchen Verdienst sind lastendlich dem langsamsten Hungerdold preisgegeben. Von irgendeiner sozialpolitischen Fürsorge ist ebenfalls wenig etwas zu finden, nur die Weihnachtstfeiertage wurden im vorigen Winter denjenigen, welche länger als drei Monate bei der Stadt beschäftigt waren, bezahlt. Eine wahre Leidenszeit wurden für die städtischen Arbeiter die Wintermonate, da man sich hier noch nicht einmal zum Tagelohn aufgeschwungen hat und so im Winter auch nur die geleisteten 8½ oder 8 Stunden bezahlt wurden. Die Verbandsleitung richtete daher Mitte Oktober ein Gesuch an den Magistrat, den Lohn im Winter auf derselben Höhe als im Sommer zu belassen. In der Stadtverordnetenversammlung vom 25. Oktober, in der Stadtv. M i c h e r (Soz.) dieserhalb antrugte, wurde vom Magistrat zugesagt, im Winter keine Lohnabzüge zu machen. Das ist auch bisher nicht geschehen, aber man sucht sich auf eine andere Weise dafür schadlos zu halten, indem auch die längere Arbeitszeit noch nicht eingetreten ist. Die Arbeitsordnung

sieht aber vor, daß in der Zeit vom 16. Oktober bis 15. Mai nur von morgens 7 bis abends 5 Uhr gearbeitet werden soll. Heute muß aber immer noch von 6 bis 6 Uhr gearbeitet werden. Die Leute stehen eben früh und abends in der Finsternis auf der Straße, ohne in Wirklichkeit nutzbringende Arbeit verrichten zu können. Daneben fehlt auch noch eine Dauhütte, die eigentlich auf jeder Arbeitsstelle vorhanden sein sollte. Für solche Schutzvorrichtungen für die Arbeiter scheint man hierorts kein Geld zu haben. Die Arbeiter müssen daher während der Pausen ständig unter freiem Himmel kampieren; um in die Wirtschaften zu gehen, reicht das Geld nicht aus. Ebenso geht es mit dem Arbeitsgeschirr. Die Wesen sind oft derart abgelehrt, daß nur noch ein Stück Holz am Stiel vorhanden ist, dabei wird aber die Arbeit doch von den Arbeitern verlangt. So gibt es noch eine ganze Reihe Mißstände. Die Kollegen mögen daher daraus die Lehre ziehen, fest und treu zur Organisation zu halten und für die Ausbreitung zu arbeiten, dann wird sich nach und nach das Arbeitsverhältnis verbessern lassen.

Gemnis. Die Kollegen hielten am 5. November eine gut besuchte Versammlung ab, in der Kollege A. R o h s - Berlin einen Vortrag über: „Lebensmittelsteuerung und Arbeiterlöhne“ hielt. An der Hand reichhaltigen Materials wies er nach, daß mit den gewaltig gesteigerten Ausgaben für alle Lebensmittel und Bedarfsartikel die Erhöhung der Löhne nicht gleichen Schritt gehalten hat. Nach dem beifällig aufgenommenen Referat beschäftigten sich die Versammelten mit Anträgen auf Lohnerböhung und Verbesserung der Arbeitszeit. Kollege V e r t h o l d - Leipzig begründete die gestellten Forderungen, welche in der nachstehenden einmütig angenommenen Resolution wiedergegeben sind: „Die am 5. November im Saale „Zum Hohenzollern“ tagende Versammlung der städtischen Arbeiter aller Betriebe empfindet ihre wirtschaftliche Lage durch die enorm hohen Lebensmittelpreise aufs äußerste bedrückt, sie ersucht daher den Rat der Stadt, eine den Lebensmittelpreisen entsprechende Lohnaufbesserung gewähren zu wollen. Ferner wünschen die städtischen Arbeiter die Verringerung der 11stündigen Arbeitszeit während des Sommers für diejenigen Arbeiter, welchen die 10stündige Arbeitszeit noch nicht bewilligt worden ist. Des weiteren hoffen die Versammelten, daß die zurückgegangenen Paragra. den der Arbeitsordnung dennoch recht bald verwirklicht werden.“ Außerdem wurden noch verschiedene Mißstände kritisiert. Bei der Gartenverwaltung wird zum Beispiel nicht einmal der ortsübliche Tagelohn gezahlt. Bei der Straßenreinigung sollen diejenigen Arbeiter, die länger als 2½ Jahre beschäftigt sind, im Sommer wie im Winter gleichen Lohn erhalten. Das scheint aber den Herren der Verwaltung unbekannt zu sein, denn einzelnen solcher Kollegen, die jetzt ein paar Stunden weniger gearbeitet haben, wurde der Lohn gekürzt. Daraus geht hervor, daß in der Tiefbauverwaltung die Bestimmungen der Arbeitsordnung unbekannt sein müssen, da man doch nicht annehmen kann, daß die Lohnkürzungen wider besseres Wissen vorgenommen werden. Um derartigen, die Arbeiter schädigenden Vorkommnissen

Falsche, Herr Wiesberts, können christliche Arbeiterführer wohl verdrechen, aus der Welt schaffen können sie sie allerdings nicht. Weil in Amerika bisher eine Arbeiterpartei schulle oder sie keinen Einfluß hatte, daher resultiert auch die soziale Rückständigkeit Amerikas auf dem Arbeiterfürsorgegebiet. Je mehr jedoch diese Arbeiterpartei, die „Socialist Party“, existiert, je mehr Einfluß sie gewinnt, um so mehr hat die Arbeiterkass Ausicht auf soziale Fürsorge und Schutz für Alter, Krankheit und Unfall. Für den amerikanischen Arbeiter gibt es nur das eine Gebot: Wahl sozialistischer und reformierter unions (Gewerkschaften).

Herr Wiesberts warnte vor dem Sozialismus. Ist eigens zu diesem Zweck nach hier gekommen. Die amerikanischen Arbeiter werden aber hoffentlich einsehen, wer ihnen helfen kann und will. Nicht die Kirche, niemand als nur sie selber. Für den Arbeiter gibt es nur den einen Weg der Selbsthilfe. Allermähst, sei es in der alten Welt, sei es in der neuen. Wirtschaftliche und starke politische Arbeiterorganisationen sind das alleinige Deilmittel der sozialen Frage. Wenn der Arbeiter diese Mittel ergreift, kann er versichert sein, daß es besser wird. Wenn auch der Paps verüchert in einer Volkschaft: „Die soziale Frage kann nur durch Religion, Staat und Gesellschaft gelöst werden.“ Statt Religion muß man aber sagen katholische Kirche, denn wenn der Paps von Religion spricht, kann es sich nur darum handeln. Wenn Herr Wiesberts den amerikanischen Arbeitern dieses Mittel empfiehlt, hat er ihnen keinen guten Rat gegeben; es wäre besser gewesen, Herr Wiesberts wäre zu Hause geblieben.

Noch ein anderer Irrtum ist ihm unterlaufen. Herr Wiesberts sagte nämlich, in etwas könnte der Deutsche vom Amerikaner lernen. In der Wohnungsfrage. Er hätte nie so schöne, ausgebaute Städte gesehen als hier in Amerika. Der Arbeiter hierzulande wohne bedeutend besser als drüben in Deutschland.

Das wäre schön, wenn es nur wahr wäre! Herr Wiesberts hat aufeinander nur die schöneren Viertel gesehen. Tatsächlich sind die Wohnungsverhältnisse in Amerika genau so schlecht als in Deutschland; genau diese grauenhaftesten Zustände. Daß Herr Wiesberts hier in Philadelphia oder in New York die Arbeiterviertel, in New

York 3. A. 93. und 91. Straße, 2. Avenue usw., oder in Philadelphia die 4., 5., 6., 7., 8. Straße in ihrer nördlichen Hälfte gesehen. Da wohnen Arbeiter. Da sind sie, die elenden Paraden, die großen Mietkassernen mit ihren engen Käfigen, kaum für Tiere, viel weniger für Menschen geeignet. Einige schöne Ausnahmen bestätigen noch lange nicht die traurige Regel.

Was den Bau der Städte anbetrifft, so ist erst vor kurzem ein hiesiger Baustratege von einer Europareise zurückgekehrt. Er sagte seine Eindrücke darin zusammen: Am meisten hätte ihm Deutschland mit seinen Städteanlagen gefallen. Amerika sei in manchen Sachen weit voraus, stehe an der Spitze, in dieser Hinsicht könne es aber von Deutschland noch viel lernen. Nun, ehe sich ein Amerikaner zu einem solchen Urteil bequemt, muß er alle Ursache dazu haben. Herr Wiesberts sagte aber, Deutschland könne von Amerika lernen in Städte- und Wohnungsfragen. Wer hat nun Recht?

Zum Schluß möchte ich noch eine Verteidigung der deutschen Arbeiterführer seitens des Herrn Wiesberts verzeichnen. Er sagte: „Bebel ist ein aufrichtiger Gegner, man muß ihn schätzen, sonst die anderen Führer glauben selber nicht daran“ (an den Sozialismus). Eine derartige infame Unterstellung kommt nun aus demselben Munde, der vorher sagte: „Allein unsere Christenpflicht erfordert es, unserem Nächsten zu helfen, ihn zu süßen, ihn zu lieben. Es ist das höchste Gebot.“ Freilich, wundern braucht man sich nicht darüber: es geschieht alles zur Ehre der gemeinsamen Mutter, der katholischen Kirche; da heißt der Zweck das Mittel; da wird auch Verleumdung ein gutes Werk.

Wenn wohl die nicht katholischen christlich organisierten Arbeiter Deutschlands einsehen lernen, daß sie nur die Gesäfte der katholischen Kirche, des Zentrums, besorgen? Daß sie das tun, ist ja schon längst bekannt, Wiesberts sagte es in Amerika aber nochmals, sagte es offen, da war man unter sich. „In der christlichen Arbeiterbewegung handeln wir als gute Katholiken; wir stärken so das Ansehen, die Macht unserer allgemeinen Mutter, der katholischen Kirche.“

vorzubeugen, ist es Pflicht aller Chemiker Kollegen, sich unserem Verbands anzuschließen, damit sie mit Nachdruck für die Verbesserung ihrer Lage wirken können.

Frankfurt a. M. Am 11. November hielten die städtischen Arbeiter eine gutbesuchte öffentliche Versammlung in den Henninger-Sälen ab. Zunächst sprach Stadtv. Süttmann über „Die Bedeutung der Stadtverordnetenwahlen für die städtischen Arbeiter“. Der Redner legte als guter Kenner der kommunalen Verhältnisse in eingehender Weise dar, welche Politik bisher auf dem Frankfurter Rathaus von den Mehrheitsparteien betrieben und welche Partei die Interessen der Kinderbemittelten und Arbeiterbevölkerung vertreten hat. An Hand der Steuer-, Schul- und Arbeiterfragen zeigte er an konkreten Beispielen, wie diese immer nach dem Grundsatz durchgeführt wurden, nach unten zu belasten und nach oben zu entlasten. Desgleichen kennzeichnete er in treffender Weise die gegenwärtige Konstellation unter den bürgerlichen Parteien. Kein Arbeiter und besonders kein städtischer Arbeiter könne einem bürgerlichen Kandidaten die Stimme geben, es muß vielmehr dafür gesorgt werden, daß die sozialdemokratische Fraktion auch aus dieser Wohl gehärt hervorhebt. Der Redner schloß mit einem warmen Appell an die städtischen Arbeiter, ihre volle Pflicht zu tun und sich auch auf ihre eigene Kraft zu verlassen, denn diese biete die natürliche Gewähr dafür, daß man auch die Forderungen derselben berücksichtigen wird. Eine Diskussion wurde zu den vorzüglichsten Ausführungen nicht beliebt. Alsdann referierte Gauleiter Karole über „Die Notwendigkeit der Arbeitszeitverkürzung in den städtischen Betrieben“. Zunächst legte er die Gründe dar, welche den Arbeitern Veranlassung geben, nach möglichst kurzer Arbeitszeit zu streben. In dieser Beziehung sollten ganz besonders die Stadtverwaltungen vorangehen. Die Stadt Frankfurt hink aber auch in dieser Frage wieder hinterher. Fünf Jahre sind nun bereits verflossen, seit Stadtverordneter Süttmann den Antrag auf Verkürzung der Arbeitszeit auf 9 Stunden stellte, ohne daß bisher ein Resultat erzielt worden wäre. Auch die Stadtverordnetenversammlung habe bereits zweimal diesbezügliche Beschlüsse gefaßt, aber der Magistrat schert sich nicht darum. Die Stadtverordnetenversammlung hat es aber auch unterlassen, den erforderlichen moralischen Nachdruck hinter ihre Beschlüsse zu setzen, die Träger und Treiber waren nur die Sozialdemokraten, sonst würden auch diese unausgeführten Beschlüsse noch nicht gefaßt worden sein. Es sei also bisher nur eine fünfjährige Komödie aufgeführt worden, ohne etwas Positives geschaffen zu haben. Die städtischen Arbeiter müssen daher die Lehre daraus ziehen, daß sie mehr auf ihre eigene Kraft zu bauen haben, der Zusammenschluß in der Organisation ist der einzige Weg, auf welchen die städtischen Arbeiter Frankfurts gleich den Arbeitern anderer Städte sowie der Privatindustrie zum Neun-Stunden-Tag gelangen werden. Nachdem noch Kollege Schmitt und ein Kollege aus der Versammlung beherzigende Worte an die Versammelten gerichtet und Karole nochmals zur kräftigsten Wahlarbeit aufgefordert, wurde eine Resolution im Sinne vorstehender Ausführungen einstimmig angenommen. Das Bureau wurde beauftragt, sie dem Magistrat und den Stadtverordneten zu übermitteln.

Sagen i. B. Wie überall, so sehen auch hier die städtischen Arbeiter immer mehr ein, daß es ohne Organisation nicht vorwärts geht. In mehreren Versammlungen nahmen die Kollegen Stellung zu ihrer wirtschaftlichen Lage. Das war dem Verwalter des Fuhrparks so unangenehm, daß er „seinen“ Leuten eine Strafpredigt hielt und auch einen Kollegen aus der Arbeit entließ, weil er Leute mit solcher Gesinnung nicht gebrauchen könne. Als eigentlicher Entlassungsgrund wurde natürlich ein vor mehreren Wochen vorgekommenes Versehen des Arbeiters angegeben. Obwohl sich eine Reihe Kollegen durch das Vorgehen des Verwalters abschrecken ließen, sind doch die meisten dem Verbands treu geblieben, so daß es möglich war, am 16. d. M. eine Filiale unseres Verbandes zu gründen. Ist auch unsere Arbeit am Erie mit vielen Beschwerden verknüpft, so hoffen wir doch, daß unser Mitgliederkreis bald ein größerer wird; damit auch wir unsere Lage aus eigener Kraft verbessern können. Wir sehen jetzt wieder, wie wir auf dem Rathaus bewertet werden. Unsere Betriebskrankenkasse hatte im letzten Rechnungsjahre ein Defizit von 244 M. Dieser Betrag sollte aus dem Stadtsäckel bewilligt werden. Zu diesem Antrage nahm das Stadtverordnetenkollegium am 7. November Stellung. Da war es der bürgerliche Stadtv. Fischer, der den schlechten Stand der Kasse auf die Simulation der städtischen Arbeiter zurückführte. Hierorts bekommen die ständigen Arbeiter nach dem ersten bis zum fünften Dienstjahre den Differenzbetrag auf sechs Wochen, nach dem fünften Dienstjahre auf dreizehn Wochen ausbezahlt. Dieser Umstand soll nach der Ansicht der bürgerlichen Stadtväter dazu beitragen, daß die Arbeiter krankheitsähnlich simulieren und die Kasse unnötig in Anspruch nehmen. Eine größere Beschränkung für die städtischen Arbeiter kann es wohl nicht geben. In Wirklichkeit ist die schlechte Finanzierung der Betriebskrankenkasse auf ganz andere Tatsachen zurückzuführen. Es wurde schließlich in der Stadtverordnetenversammlung ein Antrag angenommen, wonach sich die Finanzkommission

mit der Aenderung der Statuten befassen soll. Warum sollen nun die Statuten geändert werden? Jedenfalls nicht, um weitere Vergünstigungen für uns zu schaffen, aber das ist sicher, daß Verschlechterungen eingeführt, daß unsere bisherigen Rechte auf die Krankenkasse beschnitten werden sollen. Hier hebt man so recht, daß den städtischen Arbeitern eine starke Organisation fehlt.

Hannover. Am 15. November fand hier eine Mitgliederversammlung statt. In dieser hielt Kollege Reißner den mit Beifall aufgenommenen Vortrag: „Beeinflußt die jetzige Teuerung die Lohnpolitik der Stadtverwaltung?“. In der Diskussion schlossen sich die Kollegen Fürgens und Böttner den Ausführungen des Vortragenden an. Zum Schluß machte der Vorsitzende bekannt, daß vom Gewerkschaftsrat der Vorschlag gemacht sei, eine Arbeiter-Samariter-Kolonie zu gründen. Aus diesem Grunde fordere er die Kollegen auf, sich daran zu beteiligen.

Solberg. Wie bereits in Nr. 34 der „Gewerkschaft“ d. Z. mitgeteilt, haben die städtischen Arbeiter Solbergs dem Magistrat Forderungen unterbreitet. Auf unser Schreiben, ob der Magistrat gewillt wäre, mit der von den organisierten Arbeitern gewählten Lohnkommission zu verhandeln, ging der Magistrat folgendes Antwortschreiben zu: „Solberg, den 8. September 1910. Wir sind bereit, mit der Lohnkommission der städtischen Arbeiter in Verhandlungen über einen Lohnstarif einzutreten. Wir haben Untersuchungen eingeleitet, nach welcher Richtung Forderungen unserer Arbeiter berechtigt erscheinen könnten. Nach Abschluß dieser Ermittlungen, die möglichst beschleunigt werden sollen, werden wir der Lohnkommission Nachricht geben und mit dieser einen Verhandlungstermin vereinbaren. Wir haben das feste Vertrauen, daß die Verhandlungen zu einem allseitig befriedigenden Ausgleich führen werden. Der Magistrat: Schmiedel.“ — Dieses Schreiben hat bei den städtischen Arbeitern allseitige Befriedigung erweckt. Seitens der Verbandsleitung wurde dies auch dem Magistrat zur Kenntnis gebracht. Was aber nun der Magistrat unter der in seinem Antwortschreiben angedeuteten Beschleunigung versteht, vermögen wir nicht recht einzusehen. Auf unsere zweite Anfrage, wann die Verhandlungen stattfinden könnten, ist uns abermals eine unbestimmte Antwort zugegangen. Sie lautet: „Wir bedauern, einen Zeitpunkt für die Beendigung unserer Ermittlungen nicht angeben zu können. Wir haben eingehende Anfragen angestellt, deren Antworten zum größten Teil noch ausstehen. Nach Eingang und Zusammenstellung des Stoffes werden wir dem Verband Nachricht zugehen lassen.“ An und für sich läßt sich gegen diese beiden Schreiben nichts einwenden. Es fragt sich nur, ob der Magistrat wirklich nicht in der Lage ist, an Hand des von uns übermittelten reichhaltigen Materials sich ein Urteil über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der städtischen Arbeiter anderer Städte zu bilden. Unter den städtischen Arbeitern hat sich infolge der langen Verzögerung des Verhandlungstermins seitens des Magistrats einiges Mißtrauen bemerkbar gemacht. Sie erwarten endlich einmal eine bestimmte Antwort und haben nun auch in einer am 16. d. M. zahlreich besuchten Versammlung dementsprechend votiert. Nach klarer Erläuterung der Sachlage durch den Kollegen G r e t - Berlin wurde eine Resolution gegen diese Verzögerung einstimmig angenommen und gefordert, daß der Magistrat seine Vorarbeiten so beschleunigt, daß die Verhandlungen bestimmt noch im Laufe dieses Monats beginnen können. Ob nun der Magistrat etwas mehr Dampf aufsiehen wird, daß die Verhandlungen an dem von uns gewünschten Zeitpunkt beginnen können, wird sich bald zeigen. Jedenfalls sind sich die städtischen Arbeiter darüber klar, daß sie bisher mit läqralichen Löhnen abgespeißt wurden und daß sich dieser Zustand nicht länger aufrecht erhalten läßt.

Wülshausen. Am 10. November hielt unsere Filiale im Lokal „Zur Sonne“ eine öffentliche Versammlung ab, welche zahlreich besucht war. Gauleiter Bürker referierte über: „Wie lauten unsere Lohnforderungen an den Gemeinderat“. Redner erläuterte eingehend die vorliegenden Anträge (siehe auch Artikel Sp. 1164). Seine Ausführungen wurden mit vielem Beifall aufgenommen. In der Diskussion beteiligten sich die Kollegen Schmüder, Grienberger, Dentsel u. a. im Sinne des Referenten. Der „Christliche“ Claudel wies auf konfuse Zeug zusammen, aus dem man vermuten konnte, daß er einem Zusammengehen mit den Inorganisierten oder Christlichen das Wort reden wollte. Von den eingeladenen Gemeinderäten war keiner erschienen außer Herr Sängu, Zentralratsabwiler und Redakteur der zentralistischen „Oberlössischen Landeszeitung“, der mit vielen „Wenn und Aber“ und „Ach und Weh“, mit verschiedenen Bindungen und Drehungen die Anwesenheit des „Wohltwollens“ des Gemeinderats und seine Unterstützung zusicherte. Sonderbar muß es berühren, daß nicht einmal das Bürgermeisterramt vertreten war, trotzdem ein besonderes Amt für Arbeiterangelegenheiten existiert. Wenn man es freilich vermahnt, die Wünsche der Arbeiter an Ort und Stelle lernen zu lernen, so brauchen sich die Arbeiter nachher nicht darüber zu wundern, daß der Leiter des Amtes sich zu den Vertriebsvorständen hinzugehen fühlt und bei verschiedenen Gelegenheiten glaubt, deren Partei ergreifen zu müssen. Nach Schluß der lebhaften Diskussion wurde folgende Resolution angenommen: „Die heute, den 10. November, im Saale „Zur Sonne“ tagende öffentliche Versammlung städtischer

Arbeiter sämtlicher Betriebe nimmt Kenntnis von den Arbeitszeit- und Lohnanträgen, wie sie vom Rezenten auf Vorschlag des Gemeindefacharbeitersverbandes ausgearbeitet wurden und der Gemeindeverwaltung der Stadt Rülhausen eingereicht werden sollen. Die Versammlung erklärt sich mit den Sägen durchaus einverstanden, weil nur durch die Erreichung dieser Arbeitszeit- und Lohnsätze die Lebenshaltung der städtischen Arbeiter auf die notwendige Höhe gebracht werden kann. Die Versammlung erwartet, daß der Gemeinderat die vorgetragenen Anträge baldigst prüfen und zu einem einstimmigen Beschluß kommen wird, so daß es den städtischen Arbeitern möglich ist, ihren Pflichten als Staatsbürger und Familienväter gerecht zu werden und sie materiell nicht noch weiter zurückkommen, als sie ohnehin in den letzten Jahren gekommen sind. Da aber die Betreibung, Förderung und Erledigung dieser Anträge eine wichtige Aufgabe für sämtliche städtischen Arbeiter sein muß, aber als Hauptbedingung ihrer Durchführung eine starke Organisation erforderlich ist, so erklären die Versammelten, mit allem Nachdruck dahin wirken zu wollen, daß alle organisationsfähigen städtischen Arbeiter dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter als Mitglieder beigetreten werden.

München. Die unhaltbaren Zustände bei den Logenmitgliedern im „Deutschen Theater“ veranlaßten unsere Organisation wiederholt, sich mit der Direktion zu beschäftigen. Veranlassung gab zunächst das Verbot der Garderobe. Denn die Gründe, die seitens der Direktion hierfür angeführt wurden, treffen nicht zu. Z. B. weisen es die Logenmitglieder entschieden zurück, daß sie Garderobe verlieren; denn wäre dies schon der Fall gewesen, so hätte jedenfalls die Direktion, bevor sie ohne weiteres den Schaden gut machte, auch den betreffenden Logenmitgliedern zur Rechenschaft gezogen. Und wird die Garderobe verwechselt, so wendet sich das Publikum in erster Linie an das Garderobepersonal selbst. Was nun die Aufdringlichkeit betrifft, so soll sich die Direktion vor allem an der eigenen Kasse nehmen. Denn man rechnet ja schon bei Festsetzung der Gage gleich das Trinkgeld mit ein. Auch wird niemand behaupten, daß mit der „fürsüßlichen“ Bezahlung von 1 Mk. pro Abend die Logenmitglieder auf eine Nebenannahme verzichten können. Es wäre vielmehr Pflicht der Direktion gewesen, diese Verschlechterung durch entsprechende Erhöhung des Lohnes wieder auszugleichen. Aber „wem's eben nicht paßt, der kann gehen“. So verfährt man mit Leuten, die schon 6 bis 12 Jahre, ja sogar seit Bestehen des Theaters dort beschäftigt sind. Auch wegen der Feuergefahr wird gründlich danach gesehen. Denn jetzt, wo die Logenmitglieder nicht mehr besorgen dürfen, nimmt ein Teil der Besucher diese einfach mit auf ihre Plätze, also jedenfalls mehr Feuergefahr. Wie übrigens das „Wohlwollen“ des Direktors den Logenmitgliedern gegenüber aussieht, zeigt der Umstand, daß die Logenmitglieder noch immer auf die Beantwortung ihres vor drei Jahren eingereichten Gesuches um Verbesserung ihrer Lage warten. Vom Gewerbegericht mußte sich der Herr Direktor lassen, daß Löhne von 1 Mk. während der Spielzeit und 2,50 Mk. bei oft mehrwöchiger Dienzeit dem Ruf des Theaters gegenüber nicht als müßtergültig anzusehen seien. Der Direktor erklärte jedoch, er könne nicht mehr bezahlen, solange die anderen Theater noch weniger bezahlen wie er. Er bequente sich aber, die Löhne während des Festivals um 1 Mk. pro Veranstaltung zu erhöhen. Daß der Direktor auch der Organisation nicht grün ist, nimmt nicht Wunder. So erklärte er dem Vertreter des Verbandes gegenüber, „er brauche keinen Verband, er verhandle mit seinen Leuten selbst. Vor zirka 14 Tagen wurde ein Logenmitglied mit 13jähriger Dienzeit einfach aus Strakenpflaster geworfen, ohne dafür einen stichhaltigen Grund zu haben. Daß alle diese angeführten Zustände nicht besonders günstig auf die Arbeitsfreudigkeit des gesamten Personals einwirken, bedarf wohl keiner besonderen Erwähnung. Der Herr Direktor wird deshalb gut tun, für schnellste Abhilfe zu sorgen.

Strasbourg i. El. Die letzten Arbeiterauswahlwahlen, bei denen die Christlichen ihr letztes Mandat im Arbeiterausschuß der städtischen Lohnarbeiter verloren, hat Herr Anton Kieffer, Dohlenmaurer, vollends um den Rest seiner Bestimmung gebracht, so daß er die tollsten Purzelbäume schlägt. Kieffer ist nämlich heute noch Mitglied des christlichen Bauhandwerkerverbandes und kandidierte als einer der christlichen Hauptkandidaten bei den diesjährigen Gewerbe-, Gerichts- und Krankenkassenwahlen. Da er aber überall durchwegs verlor, so trat er noch dem christlichen Staats- und Gemeindefacharbeiterverband als Vorsitzender bei. Aber auch die städtischen Arbeiter hatten kein Verständnis für die „geistige Größe“ Kieffers, untermalen er die christliche Jabstille immer tiefer in den Sumpf führte. Jetzt will aber Kieffer seine Kenntnisse, die er sich auf gewerkschaftlichem Gebiete bei den Christlichen erworben hat, dadurch verwerten, daß er mit einigen weiteren christlichen Durchfallskandidaten einen Lokalkomitee gründen will. Also steht zu lesen auf der Einladung zu einer Versammlung, welche Herr Kieffer höchst eigenhändig verfaßt und mit den nötigen Fehlern versehen ausgeben hat. Die Versammlung selbst war nur von ein paar Mann besucht. Herr Kieffer erklärte, der christliche Gemeindefacharbeiterverband hier habe sich aufgelöst, es sei nichts mehr damit zu wollen; wie lange er, Kieffer, noch im christlichen Bauhandwerkerverband sei, wisse er nicht, also müsse ein Lokalkomitee gegründet werden.

Und um ja nicht um den Vorstandsposten zu kommen, ließ er sich zum Vorsitzenden wählen. Die übrigen Posten wurden mit weiteren Durchfallskandidaten von der Arbeiterauswahlwahl beiebt. Statuten sind keine da, Mitglieder auch nicht. Daß sich letztere noch finden, glauben wir kaum, denn verschiedene städtische Arbeiter haben durch die Schönwägereien der Kieffer und Konforten schon genug Geld und Zeit eingebüßt und Kerger und Keroker mit ihren Nebenarbeitern gehabt dadurch, daß sie auf die Kiefferischen Querulantensprüche eingegangen sind.

Weslar. Infolge ihrer schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse schlossen sich die Kollegen der Straßenreinigung auch hier der Organisation an. Sie reichten bereits Anfang April dieses Jahres eine Eingabe an die Bürgermeisterei ein, in welcher sie die Erhöhung des Tagelohnes auf 3 Mk. und die Bezahlung der Feiertage forderten. In der Stadtverordnetenversammlung vom 21. Juni kam dann diese Eingabe zur Beratung. Es wurde aber nur beschloffen, die Feiertage zu bezahlen. Der Antrag auf Lohnhöhung wurde dem „Stadarmenfond“ überwiesen, dieser sollte den Arbeitern einen Zuschuß zu ihrem Lohn zahlen, der aber nicht als Armenunterstützung angerechnet werden sollte. War dieser Beschluß ohnehin schon ein in der Arbeiterpolitik der Kommunen einzig dastehendes Kuriosum, so durfte man doch gespannt darauf sein, was nun die Armenverwaltung tun würde. Vermutlichere Weise hat es aber das Armenkollegium abgelehnt, den Arbeitern einen Zuschuß zum Lohn zu zahlen, angeblich wegen Mangels verfügbarer Mittel. Dagegen sollten die städtischen Arbeiter im Falle besonderer Bedürftigkeit bei Verteilung von Stiftungsgeldern bedacht werden. Das klang bald, als wenn bei Arbeitern mit einem Lohn von 2 Mk. bis 2,50 Mk. pro Tag nicht eine dauernde Bedürftigkeit vorläge. Die Kollegen konnten sich aber mit einer solchen verwasserlichen Zusage nicht zufrieden geben und richteten daher Ende August dieses Jahres eine erneute Eingabe an das Bürgermeisterei um Erhöhung des Tagelohnes auf 3 Mk. Diese Eingabe war nun wiederum in der Stadtverordnetenversammlung vom 21. Oktober Gegenstand der Beratung. Die Herren von Aufm und Weijß glaubten aber, daß es besser ist, wenn sie solche läßlichen Fragen in der Dunkelkammer behandelten und so beantragte der Vorsitzende die Stadtvater Hölmann Ausschluß der Öffentlichkeit. Die Arbeiter hatten daher alle Veranlassung, nichts Gutes zu ahnen, denn es ist bezeichnend für die bürgerlichen Stadtväter, daß sie nicht den Mut haben, solche Fragen vor aller Öffentlichkeit zu behandeln, damit diese auch ihre „Gründe“ kennen lernen. So weit reichte nun die Einsicht der Herren Stadtväter aber doch, daß sie die Notwendigkeit einer Aufbesserung einsahen. Den Kollegen ging am 27. Oktober folgendes Schreiben zu: „Die Stadtverordnetenversammlung hat beschloffen: 1. den sämtlichen Arbeitern der städtischen Straßenreinigung ausschließlich der Sonntage einen täglichen Lohn von 2,50 Mk. zu zahlen. 2. Denjenigen Arbeitern, welche nicht Invalidentrentenempfänger sind, hierzu zunächst auf die Dauer eines Jahres aus der Armenklasse einen Zuschuß (nicht Armenunterstützung) von 50 Pf. für den Arbeitstag zu gewähren. Die erste Zahlung erfolgt am Sonntag, den 29. d. Mts. für die laufende Woche.“ Diese Antwort ist in zweifacher Beziehung interessant. Einmal ist nicht zu verstehen, warum die Arbeiter ihren verdienten Lohn zum Teil aus der Armenklasse erhalten sollen, denn die 50 Pf. aus der Armenklasse muß die Stadt genau so ausbringen als die 2,50 Mk. direkten Lohn. Noch bedenklicher aber ist es, daß der Zuschuß zunächst nur auf die Dauer eines Jahres gezahlt werden soll. Kein Mensch kann daraus ersehen, was damit gemeint sein soll, ob der Zuschuß nur für ein Jahr aus der Armenklasse gezahlt und dann eine andere Regelung vorgenommen werden soll, oder ob man gar annimmt, daß der Zuschuß nach einem Jahr wieder entzogen werden kann. Daß daran nicht zu denken ist, glauben wir, gilt als selbstverständlich, denn der Lohn ist mit 3 Mk. pro Tag noch niedrig genug. Die Folge dieses Beschlusses war nun, daß von 8 bei der Straßenreinigung beschäftigten Kollegen 5, die keine Rente beziehen zu ihrem Lohn von 2,50 Mk., seitens der Armenklasse einen Zuschuß von 50 Pf., zusammen 3 Mk. pro Tag erhalten. Von den übrigen drei erhielten 2 je 50 und der andere 10 Pf. Erhöhung des direkten Lohnes, so daß sie alle drei gleichmäßig auf 2,50 Mk. stehen; zugleich ihrer Rente stehen sie nun den Nichtrentenempfängern im Lohne gleich. Auch der Vorarbeiter, welcher sich nicht an der Eingabe beteiligt hat, erhielt eine Zulage von 30 Pf. pro Tag, so daß sein Lohn jetzt 4 Mk. beträgt. Ein neuer Beweis dafür, daß diese Leute alle Veranlassung haben, es mit den Arbeitern zu halten, denn nur durch diese erhalten auch sie ihre Verbesserungen. Für unsere Kollegen beträgt die Aufbesserung durchschnittlich 3 Mk. pro Woche. Sie haben aber nun auch zugleich einsehen gelernt, daß nur der Zusammenschluß in der Organisation und jede Ausdauer in derselben zur Debung ihrer Lage führen kann. Eine recht untrümbliche Ausnahme machen aber die Arbeiter des Gas-, Wasser- und Manalbetriebes. Diese Kollegen glauben immer aus Furcht oder irgend welchen anderen Gründen den Versammlungen und der Organisation fernzubleiben zu müssen, obwohl sie gerade die meiste Veranlassung dazu hätten. In demselben Moment, wo die Arbeiter der Straßenreinigung eine Lohnhöhung erhielten, ting man im Gas- und Wasserwerk an die Löhne zu reduzieren, jeden-

falls aus dem Grunde, weil die Beklärer staatsverhaltende Presse schrieb, daß im Gaswert im letzten Jahre 8370 Mk. mehr an Löhnen ausgezahlt worden sein sollen, dabei haben die Arbeiter keinerlei Aufbesserung erhalten. Einem Arbeiter wurde bereits der Lohn von 36 auf 30 Pf. pro Stunde herabgesetzt. Würden die Kollegen die Versammlung besuchen und sich organisieren, wie es die Kollegen der Straßenreinigung getan haben, dann könnten auch solche Verschlechterungen abgewehrt werden.

Internationale Rundschau

Zum Protokoll unserer 2. Internationalen Konferenz sendet uns der holländische Verbandssekretär Kollege van Dinte die folgende Mitteilung: „Ich bin der Meinung, daß Kollege Wobs unsere Organisation auf der 2. Internationalen Konferenz ein wenig zu unbedeutend hat erscheinen lassen, als er sagte (Seite 32 des Protokolls): Wenn wir aber das Streikrecht hier und da benutzen müssen, so brauchen wir hierzu auch die nötigen Mittel, um unsere Kollegen bei solchen Kämpfen unterstützen zu können. Dabei ist es, wie gesagt, notwendig, daß wir den Organisationsbeiträgen die Notwendigkeit der Beitragserhöhung klar machen. Ein Beweis für diese Notwendigkeit ist Holland, wo 4000 Kollegen organisiert sind und wo der Verband doch nicht in der Lage ist, einen Delegierten Arbeiter zu entsenden, weil die Finanzen es nicht zulassen. Wenn eine Delegation aus diesem Grunde verjagt werden muß, obwohl doch 150 Mk. Kosten in Betracht kommen, so ist es klar, daß die Organisation recht schlecht fundiert ist. Die Beiträge betragen ja auch nur 19 bis 27 Pf. Die Konferenz sollte also den angebotenen Verbänden andeuten, sich finanziell besser zu fundieren.“ — Wenn auf diese Weise unsere Organisation beleuchtet wurde und dabei nicht mitgeteilt ist, welche Ursachen dem zugrunde liegen, dann ist die Mitteilung nur teilweise richtig. Natürlich ist damit nicht gesagt, daß Kollege Wobs unsere Organisation vorzüglich als unbedeutend hinstellen wollte, aber es ist nicht gut anständig, daß man ohne anderweitige Beleuchtung unsere Organisation geringfügig hinstellt. Zunächst haben wir in Holland nicht Unterstützungsbeiträge, wie in Deutschland und Skandinavien. Wir haben keine Arbeitslosen- und keine Krankenunterstützung. Nur bei Sterbefällen unterstützen wir die Witwe mit 10 bis 50 Gulden je nach der Mitgliedsdauer. Wenn wir die Unterstützungen abrechnen, ist die Minderhaftigkeit unseres Verbandes nicht so groß, wie Wobs es behauptet hat. Nein, nicht die niedrigen Beiträge sind die Ursache, daß unsere Organisation keinen Delegierten senden konnte. Daß wir nicht vertreten waren, findet seine Ursache in der Situation, in der wir uns in Holland gegenüber den anarchistischen und „christlichen“ Organisationen befinden. Nicht wie in Deutschland, Dänemark und Schweden, wo eine starke sozialdemokratische Partei ist und die Arbeiter für die moderne Organisation fühlen, liegt es in Holland. Hier haben wir zu kämpfen mit verschiedenen Richtungen: Anarchisten, Sozialvereinen, Christlich-Protestantischen und Römisch-Katholischen. Dafür müssen wir unsere Finanzen verwenden. Wieviel das kostet, wissen Sie in Deutschland sehr gut, wenn Sie die deutschen Kollegen nur an Nürnberg erinnern. Was Sie in Nürnberg hatten mit einer Organisation von 30 000 Mitgliedern, müssen wir bekämpfen mit 4000 in Amsterdam, s-Gravenhage, Utrecht, Arnheim usw. Und ich mache darauf aufmerksam, daß Wobs dies vollständig bekannt war. Nein, unser Verband ist nicht so schlecht fundiert, wie Wobs es sagte, aber wir müssen notwendige Mittel für diese Kämpfe bereit halten, und dadurch sind wir finanziell nicht in der Lage gewesen, uns in Kopenhagen vertreten zu lassen. Nun gebe ich zu, daß unsere Mitglieder nicht viel Verständnis für die internationalen Beziehungen zeigen, und dabei können die deutschen Kollegen uns helfen, wenn sie uns finanziell ein wenig unterstützen. Wir müssen international gegen den Kapitalismus kämpfen. Aber Wobs mußte uns nicht so heruntermachen, denn dann kommen wir in eine schlechte Situation in der internationalen Bewegung. Konnten wir uns in Kopenhagen nicht vertreten lassen, so wollen wir dafür arbeiten, daß wir nach Wien eine Delegation senden können. Die internationale Verbrüderung ist auch für die holländischen Kollegen eine Notwendigkeit, und wir streben nach besserer Organisation.“

Vorstehende Ausführungen veranlassen mich, einige Bemerkungen anzufügen. Wie Kollege van Dinte ganz richtig annimmt, war von mir nicht beabsichtigt, die holländische Bruderorganisation in den Augen unserer Kollegen und der übrigen Arbeitererschaft herunterzusetzen. Ich hielt es nur für notwendig, an unzureichenden Einrichtungen der holländischen sowohl wie anderer Bruderorganisationen Kritik zu üben. Wir deutschen Gewerkschaftler sind eben der Meinung, daß zu Kämpfen auch entsprechende finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden müssen. Meiden die bisher geleisteten Beiträge nicht mehr aus, bleibt von den Einnahmen nichts übrig, so sind die Beiträge zu erhöhen. Jede Gewerkschaft muß auf einen Mercefonds halten, sich auf den laufenden Bedarf an Mitteln einrichten. Das hat aus eigener

Kraft zu geschehen. Nur in besonderen Fällen, bei großen Kämpfen ist die Unterstützung der anderen Organisationen anzurufen. Den Kampf mit den vom Kollegen van Dinte angeführten Richtungen der gewerkschaftlichen Verbände haben auch wir zu führen, nur in verhältnismäßig weniger umfangreichem Maße, und dann fällt es uns auf Grund unserer Stärke und unseres Einflusses leichter, diese Organisationszersplitterer im Schwach zu halten. Trotz solcher Kämpfe muß aber eine gewerkschaftliche Organisation von 4000 Mitgliedern in der Lage sein, die Delegationskosten für den internationalen Kongress aufzubringen. Zu sagen ist ferner noch, daß, wenn unsere Ausgaben für Unterstützungen prozentual auch höher sind als die der holländischen Kollegen, so darf dabei doch nicht verkannt werden, daß die Beiträge der holländischen Kollegen nur 19 bis 27 Pf. pro Mitglied betragen, während sie bei uns in Deutschland für die männlichen Mitglieder doppelt so hoch sind und zwischen 35 und 55 Pf. variieren. Es bedarf wohl keiner weiteren Erklärung, daß wir uns mit unseren holländischen Kollegen im Streben nach besserer Ausgestaltung unserer Organisationen vollständig einig fühlen, nur scheint uns, als ob die holländischen Kollegen es verabsäumten, die praktische Anwendung aus den Lehren zu ziehen, die ihnen ihre Kämpfe und der Stand ihrer Organisation eigentlich gezeigt haben. Deshalb spreche ich wiederholt den Wunsch aus, daß die finanzielle Grundlage der holländischen Bruderorganisation eine bessere werde, damit sie 1913 in Wien vertreten sein kann.

Oesterreich. Der 6. Oesterreichische Gewerkschaftskongress fand im Oktober in Wien statt. Der Redaktionsbericht der Gewerkschaftskommission ergab zufriedenstellende Leistungen auf dem Gebiete des Unterstützungswezens. Gleichfalls hervorgehoben wurde aber auch das immer einflussreicher werdende Wirken der sich rasch entwickelnden Unternehmerorganisationen, unter deren Einfluß die Betriebskämpfe auch in Oesterreich immer erbitterter und riesenhafter geworden sind. Mehr als 350 000 Arbeiter streben in Oesterreich im Jahre 1913 vor der Erneuerung ihrer Tarife, die jedenfalls nur unter schweren Kämpfen durchzusetzen sein dürfte. Den wichtigsten Beratungsgegenstand bildete der Kampf um die einheitliche Gewerkschaftsorganisation. In dem Referate von Hueber wurde hervorgehoben, daß die Separatisten nach dem Spruche des internationalen Kongresses den Kampf gegen die Zentralisten noch schärfer geführt haben als vorher. Trotzdem wollten aber die Zentralisten immer noch den Frieden. Das konnte aber nur ein Frieden sein, der die Schwächheit und Kraft der Gewerkschaftsorganisation nicht unterbindet. Das Mindestmaß der zentralistischen Forderungen wurde in einer Resolution der Gewerkschaftskommission niedergelegt. In dieser wurde den tschechischen Gewerkschaftsangehörigen eine Brücke gebaut, indem nur eine einheitliche Führung der Kämpfe, aber nicht die direkte Zentralorganisation gefordert wurde. Die Diskussion zeigte aber, daß die bisherigen verwerflichen Kampfmethoden der Separatisten eine solche Erbitterung unter den Zentralisten hervorgerufen hatte, daß es unmöglich war, noch weitere Konzessionen zu erlangen. Ein Redner nach dem anderen erklärte, daß alles Nachgeben bisher unnützlich gewesen sei. Wenn man in einer Gewerkschaft auch alle nationalen Wünsche der tschechischen Minorität erfüllen wollte, würde es schließlich doch zur Trennung kommen, denn die tschechischen Separatisten wollten die Trennung um jeden Preis. Es wurde eine besondere Kommission eingesetzt, die eine neue Resolution auszuarbeiten hatte. Sie legte eine Resolution vor, worin an den grundsätzlichen Bedingungen der einheitlichen Gewerkschaftsorganisation, der einheitlichen Führung der Kämpfe sowie der einheitlichen Verwaltung der finanziellen Mittel unbedingt festgehalten wird. In einem ungewissen Zusammenhang wird allen Gegnern dieser Taktik die schärfste Verwarnung angefündigt. Diese Resolution wurde unter jüdischem, langanhaltendem Beifall einstimmig angenommen. Den Tschechen steht es nun frei, bei demnächst bevorstehenden letzten Einigungsverhandlungen einzuschwenken, oder das Fiskalisch zwischen ihnen und den zentralisierten Gewerkschaften wird definitiv durchschnitten.

In Graz war es bis jetzt gebräuchlich, daß im Winter ab 15. Oktober bis 19. März von 7 Uhr früh bis 6 Uhr abends mit einer Unterbrechung von 1½ Stunden gearbeitet wurde, im Sommer hingegen von 6 bis 8 Uhr mit ½ Stunde Frühstücks- und 1½ Stunden Mittagspause. Für diese verkürzte Arbeitszeit wurden 20 Heller täglich abgezogen. Nun haben die dortigen Kollegen schon öfter nachgejuchelt, der Gemeinderat möge auch im Winter, wo die Arbeiter doch eher noch mehr Ausgaben haben, den gleichen Lohn zahlen. Sie erhielten dieses Ansuchen auch endlich bewilligt. Für zwei Wochen im Oktober wurde bereits der volle Sommerlohn ausbezahlt. Aber wie erstauent die Kollegen, als ihnen jetzt mitgeteilt wurde, daß nun, da im Winter der Sommerlohn gezahlt wird, die Arbeiten bei etwaigen Schneefällen für die Zeit von 6 bis 7 Uhr früh und von 5 bis 6 Uhr abends nicht mehr als Überstunden bezahlt werden sollen. Trotz dieser Bestimmung wird für deren Verweigerung die Entlassung angedroht. Es bedeutet dies aber eine Lohnschränkung von 40 Heller täglich. Ja wenn Steiermark ein Land wäre, in dem Schnee etwas seltener ist, so könnte man dies vielleicht noch hinnehmen; zumut ist jedoch im Winter großer Schneefall, und da in besonders, wegen

Freihaltung der Plätze für den Lebensmittelmarkt, früh und spät sehr viel zu tun. Die Arbeiter, welche den Schneewagen und dem Sturzplah zugeleitet sind, könnten monatelang finanziell Schaden erleiden. Der Sinn der Anordnung ist also: Die Gemeinde Graz gibt den Arbeitern mit der einen Hand 20 Heller mehr, um dafür wieder mit der anderen Hand 40 Heller zurückzunehmen, denn früher wurde jede dieser Stunden mit 30 Heller bezahlt. Infolge dessen gärt es unter den dortigen Kollegen gar gewaltig. Sie werden alles aufbieten, um diese Verschlechterung ihrer Lage abzuwehren.

Frankreich. Der französische Staat gibt denjenigen Arbeiter- und Angeleiternorganisationen, die ihren Mitgliedern bei Arbeitslosigkeit Unterstützungen gewähren, hierzu Zuschüsse. Die hierfür ausgemessene Summe beträgt 88 000 M. jährlich; doch blieb auch im Jahre der tatsächlich zur Auszahlung gelangende Betrag noch erheblich hinter dieser ohnehin bescheidenen Summe zurück, sie belief sich nur auf 33 620 M. gegenüber 38 260 M. im Jahre 1908. Es wurden im ersten Halbjahr 74 und im zweiten 79 Organisationen unterstützt. Von der Gesamtsumme der staatlichen Unterstützungen kamen 31 040 M. auf Organisationen, die für die Arbeitslosenunterstützung besondere Abteilungen eingerichtet haben. Diese Organisationen zählten 32 491 Mitglieder und ihre eigenen Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung beliefen sich auf 134 800 M. Der staatliche Zuschuß macht also circa 23 Proz. der eigenen Ausgaben aus; er beträgt pro Mitglied im Durchschnitt rund 1 M. Eine allzu große sozialpolitische Bedeutung ist der ganzen Einrichtung nicht beizumessen.

Schweiz. Die organisierten Metallarbeiter Zürichs haben mit großer Mehrheit beschlossen, die probeweise eingeführten „trodenen Versammlungen“ dauernd beizubehalten, das heißt in den Versammlungen nicht mehr wirken zu lassen. Der Wirt erhält seine Regiekosten und etwas darüber aus der Vereinskasse bezahlt. Die gleichen Leute beschlossen das Rauchverbot für ihre Versammlungen! Sie sagten sich, daß es töricht sei, in engen Räumen die knapp bemessene Luft noch durch Tabakqualm zu verschlechtern und mehrere Stunden in einer Atmosphäre zuzubringen, gegen die man, herrschte sie in der Werkstatt, die Fabrikinspektoren anrufen würde.

Der sechste internationale Metallarbeiterkongreß tagte vom 31. Oktober bis 2. November d. J. in Birmingham. Es waren 12 Länder mit 41 Organisationen und 771 073 Mitgliedern durch 75 Delegierte vertreten. Der Internationale Sekretär Schlicke kritisierte bei der Eröffnung des Tätigkeitsberichts das mangelhafte internationale Bewußtsein der Amerikaner und die mangelhafte Berichterstattung der Engländer über ihre Tarifabschlüsse. Bei der Schaffung eines Gegenseitigkeitsverhältnisses der Organisationen der verschiedenen Länder ging man mit den Engländern gleichfalls stark ins Gericht. Frühere Kongresse hatten den Internationalen Sekretär beauftragt, eine Vorlage auszuarbeiten, welche die Mitgliedschaft im Auslande regelt. Die Engländer hatten dabei wiederum verjagt, weil sie das dazu erforderliche Material nicht beschaffen. Auf dem Kongressentschuldigten sie sich mit den besonderen Verhältnissen ihrer Organisationen, die eine Berichterstattung stark erschweren. Auf ihren Vorschlag wurde ein britisches Subkomitee gewählt, welches die Bedingungen zur Fortsetzung der Mitgliedschaft im Auslande prüfen soll. Außer dem Internationalen Sekretär wurden von Nichtengländern noch Hansen-Dänemark und Werheim-Frankreich in dieses Komitee delegiert. Beschlüsse wurde, statistisches Material über die Arbeitsverhältnisse in der Großindustrie und über die Durchführung der sechstägigen Arbeitswoche in Betrieben mit ununterbrochener Arbeit zu beschaffen. Der nächste internationale Metallarbeiterkongreß findet in Berlin statt. Schlicke wurde als Internationaler Sekretär wiedergewählt.

Rundschau

Der Reichstag ist nun programmgemäß am 22. November wieder zusammengetreten. Infolge der zahlreichen Nachwahlen ist seine Zusammensetzung nicht unerheblich verändert. Die Sozialdemokratie rückt mit einer Fraktionsstärke von 52 Mitgliedern an die dritte Stelle, nur das Zentrum mit 106 Mitgliedern und die konservative Partei mit 58 Mitgliedern überragen sie noch. Die Nationalliberalen mit 49 Mitgliedern und Hospitanten und die Fortschrittlichen mit 48 bleiben schon recht weit hinter ihr zurück. Es folgen dann die Reichspartei mit 25 Mann, die Polen mit 20, die Antisemiten und Mittelständler mit 19, keiner Fraktion gehören 18 Abgeordnete an. Aus diesen Zahlen geht hervor, daß der alte Bülowblock, von dessen Wiederaufrichtung manche unbesserlichen Liberalen schwärmen, nur noch über 100 Stimmen gegen 210 im Jahre 1907 verfügt, also keine ausreichende Mehrheit mehr darstellen könnte. Dagegen bleibt der schwarzblaue Block, trotz der Verluste, die die Rechte bei den Nachwahlen erlitten hat, immer noch lebensfähig, er kann mit 204 Stimmen rechnen oder, wenn die Reichspartei mitmacht, sogar mit 229. Wegen dieser städte- und arbeiterfeindliche Rich-

heit, die nur der veralteten, ungerechten Wahlkreiserteilung ihre Stellung verdankt, keineswegs aber die Mehrheit des Volkes hinter sich hat, wird der Endkampf dieses Jahres in erster Linie zu führen sein. Viel wird man von diesem letzten Sessionsabschnitt der altersschwachen Volksvertretung nicht erwarten dürfen, weder im Guten noch im Schlimmen. Insbesondere ist kaum zu befürchten, daß noch eines jener Arbeiterlebenslunngsgesetze zustande kommt, die von den Scharfmachern so dringend gewünscht werden. Erstens fehlt es schon an Zeit dazu, dann aber ist die durch die Roabiter Lügenberichte gezielte Stimmung sehr rasch wieder verfliegen und sie wird schließlich, wenn der Roabiter Prozeß zu Ende ist, völlig ins Gegenteil umschlagen. Aus den Schilderungen der Polizeizeitungen hat sich zwar ergeben, daß in den letzten Septembertagen im Nordwesten Berlins ein arger Strakenradau herrschte und daß sich die allgemeine Erbitterung gegen die Polizei richtete, die beschimpft und stellenweise auch mit Steinen beworfen wurde. Aber diese Erbitterung selbst war durchaus berechtigt, so sehr man auch die Form, in der sie da und dort zum Ausdruck kam, beurteilen mag. Hätte die Polizei der Knüppelgarde Dinges scharf auf die Finger gesehen, statt von vorneherein für die fragwürdigen Erscheinungen gegen die gesamte Bevölkerung Partei zu nehmen, hätte sie sich aller unnötigen Härte, aller Provokationen und direkten Ausschreitungen enthalten, kurz, hätte sie gehandelt, wie man es von der Polizei eines zivilisierten Staates, eines Rechtsstaates verlangen darf, dann wäre es niemals in Roabit zu größeren Exzessen gekommen. Der Senatspräsident Koffka, der in der „Deutschen Juristenzeitung“ ein gesetzliches Verbot des Streikpostenstehens verlangt, wird also mit dieser Forderung kein Glück haben. — Am 1. Dezember findet im Deutschen Reich eine allgemeine Volkszählung statt. Die Bevölkerung wird von amtlicher Seite erforscht, den Jähfern in der Ausübung ihres schwierigen Amtes behilflich zu sein und die Fragebogen möglichst sorgfältig und genau auszufüllen.

Eingaben zur Vinderung der Fleischnot an den Reichstag sind vom „Vorstand des deutschen Städtetages“ sowie vom „Deutsch-Argentinischen Zentralverband zur Förderung wirtschaftlicher Interessen“ gerichtet worden. Die erstere verlangt die Erleichterung der Einfuhr von lebendem Vieh und von Fleisch aus dem Auslande, insbesondere auch die Freigabe der Grenzen für geflügeltes und gefrorenes Fleisch. Besonders die letztere Maßnahme betont die Eingabe, indem sie sagt: „Nach den in England gewonnenen Erfahrungen ist solches Fleisch — gehörige Ueberwachung seines Transportes und seiner Aufbewahrung vorausgesetzt — ein hygienisch wie physiologisch vollwertiges Nahrungsmittel. Wir sind überzeugt, daß dieses Fleisch schon seines erheblich billigeren Preises wegen auch in Deutschland bei der weniger bemittelten Bevölkerung die gleiche willige Abnahme finden wird wie in England. Die Kühlräume der größeren städtischen Schlachthöfe sind zur Aufbewahrung von solchem Fleisch wohl geeignet. Ebenso besitzt Hamburg große Kühlhäuser, um das gefrorene Fleisch aus den Dampfern zu übernehmen.“ Die Eingabe schließt mit dem Satz: „Inzwischen bitten wir im Interesse der so viele Millionen umfassenden städtischen Bevölkerung dringend, die vorgeschlagenen Maßnahmen auf das schnellste zu ergreifen.“ — Daß übrigens die Einfuhr gefrorenen Fleisches durchaus ohne Seuchengefahr möglich ist und wirklich zur Vinderung führen kann, wird in der zweiten Eingabe gesagt. In der Begründung heißt es unter anderem: „Von argentinischem Gefrierfleisch sind im Jahre 1909 allein 2 381 543 Zentner nach England gelangt. Die Preise stellen sich nach amtlicher Aufstellung des deutschen Generalkonsulats London im Engros-handel auf dem Hamburger Fleischmarkt am 1. September 1910 wie folgt: Winterviertel 34 Schilling pro englischen Zentner (45,36 Kilogramm), also etwa 0,70 M. pro Kilogramm. Vorderviertel 27 Schilling der englische Zentner, also etwa 0,57 M. pro Kilogramm. Demgegenüber betragen zur selben Zeit die Preise für Rindfleisch im Kleinhandel in Berlin (nach der vom königlichen preussischen Statistischen Landesamt herausgegebenen „Statistischen Korrespondenz“): Hinterviertel 1,00 M. pro Kilogramm, Vorderviertel 1,78 M. pro Kilogramm. Eine Schädigung der deutschen Landwirtschaft durch die Einfuhr gefrorenen Fleisches erscheint deshalb als ausgeschlossen, weil das gefrorene Fleisch stets nur als Qualität zweiter Klasse ein Nahrungsmittel der unentwickelteren Klassen sein und somit der heimischen Ware keine Konkurrenz machen wird. Diefür sprechen die diesbezüglichen Erfahrungen Englands. Dort stellte sich gegenüber dem oben angegebenen Preise von 79 M. pro Doppelzentner 1. Qualität argentinisches Gefrierfleisch der Doppelzentner englischen Rindfleisches 1. Qualität auf 111 M.“ Man sieht, daß es wirksame und für den heimischen Viehstand ungefährliche Maßnahmen gegen den augenblicklichen Notstand gibt, wobei trotz alledem unsere Rindvieh- und Schweinezucht noch ihr Geschäft machen.

Mit weislicher Ueberlegung hat der Bundesrat den Schnapsbrennern ihre Liebesgabe neu geliebert. Er hat bekanntlich das Kontingent auf 1 757 783 Hektoliter herabgesetzt, um wieder die volle Spannung zwischen dem Steuerbetrag von 100 Mark für kontingentierten und 125 M. für Alkohol der Ueberkontingent darstellt, zu schaffen. Der Schnapsboykott der Sozial-

demokratie, der allerdings im ersten Jahre des neuen Branntweinmonopoles durch die eifrigere Vorverforgung und das Niedruchtigensobstsein unterläßt worden ist, hat also gewirkt. Und dies auch, trotz der Kontingentherabsetzung der deutschen Reichsregierung. Denn sie ist ja nur mäßig gewesen, indem sie die Möglichkeit, die volle 19 Marktpfanne, soweit sie Liebesgabe ist, auszunutzen, nur noch für rund 1,75 Millionen Hektoliter zuließ, gegenüber den 2,25 Millionen von vorher. Also für rund eine halbe Million Hektoliter Alkohol ist den Schnapsbrennern nicht nur die Liebesgabe, sondern auch der Gesamtverdienst genommen. Dazu kommt noch, daß der Regierung 500.000 mal 106 Mf. Steuern entgehen, dies sind 53 Millionen Mark! Natürlich wird ein Teil dieser Summe dadurch wieder eingehen, weil die Steuer für Branntwein, welcher außer der Kontingentsumme gebrannt wird, mit 125 Mf. bezahlt werden muß. Die Tatsachen zeigen aber, trotzdem bis jetzt noch nicht einwandfreie Berechnungen aufgestellt werden können, daß die Arbeiterschaft auf dem Posten geblieben ist. Die neuen Produktionsziffern für den Monat Oktober, dem ersten Monat im zweiten Jahre der neuen Branntweinmonopole zeigen wiederum das alte Bild: die Erzeugung betrug im Monat Oktober 1909 138.392 Hektoliter, diese Ziffer zeigte gegen die selbe Zeit von 1908 schon einen starken Rückgang, im Monat Oktober 1910 hat die Produktion an Branntwein nur 120.000 Hektoliter betragen! Der Rückgang hat also auch im neuen Steuerjahre angehalten! Daß er es auch weiter tue, dafür zu sorgen, ist jedes denkende Arbeiters Pflicht! Kampf dem Schnaps, der freiwilligen Ironie und Steuerentlastung an Agrarier und ihre Regierung lautet die Parole, jedes Gläschen Schnaps bedeutet eine Unterdrückung der ärgerlichen Volksfeinde, darum Genossen, meidet den Schnaps!

Verbandsteil

Quittung der Hauptkasse.

Am Monat Oktober gingen folgende Gelder an Beiträgen ein:

Rud das 3. Quartal 1910: München 141,90 Mf., Baden 30,90 Mf., Alsbach 18, - Mf., Wiesbaden 107,52 Mf., Augsburg 369,38 Mf., Augsburg Land 24,35 Mf., Bad Neichenhall 114,70 Mf., Bamberg 122,60 Mf., Barm. Arbeitsm. haben 402,85 Mf., Barmen 632, - Mf., Barmuth 550,42 Mf., Bismarckheim 88,60 Mf., Berlin 24706,74 Mf., Bernburg 47,80 Mf., Bielefeld 109,70 Mf., Bismarck 62,70 Mf., Braub. 141,50 Mf., Brandenburg 207,60 Mf., Braunschweig 300,10 Mf., Bremen 363,16 Mf., Bremerhaven 283,82 Mf., Briesen 1474,81 Mf., Burg 62,40 Mf., Gaffel 187,50 Mf., Chemnitz 624,21 Mf., Cottbus 20,61 Mf., Cöln 26,64 Mf., Cöln 19,30 Mf., Erfeld 177,70 Mf., Gimmlichau 402,00 Mf., Gmünd 55,72 Mf., Darmstadt 220, - Mf., Deggendorf 14,70 Mf., Dehau 14, - Mf., Dortmund 98,80 Mf., Eobach 71, - Mf., Dresden 201,60 Mf., Durlach 83,47 Mf., Düsseldorf 684,80 Mf., Emden 27,98 Mf., Eichenau 404,11 Mf., Eichenfeld 349,20 Mf., Eibau 32,94 Mf., Emsl. 177,10 Mf., Erlangen 2102,27 Mf., Eßfeld 97,70 Mf., Eßlingen 137,50 Mf., Feuersbach 24,91 Mf., Frankfurt 54,19 Mf., Frankfurt a. M. 238,50 Mf., Frankfurt Land 74,12 Mf., Freiburg 185,10 Mf., Freiburg 589,00 Mf., Garmisch 211,20 Mf., Garmisch 18,80 Mf., Garmisch 185,77 Mf., Garmisch 141,10 Mf., Gera 21,61 Mf., Gießen 13,02 Mf., Gmünd 27,60 Mf., Göttingen 27,60 Mf., Gotha 220,67 Mf., Göttingen 152,40 Mf., Götting 27,60 Mf., Götting 27, - Mf., Halle 611,94 Mf., Hamburg 2113,75 Mf., Hannover 147,75 Mf., Hannover 813,72 Mf., Heidelberg 701,83 Mf., Heilbrunn 555,00 Mf., Hildesheim 101,60 Mf., Hof 1111,20 Mf., Homburg 106,11 Mf., Jena 10, - Mf., Kaiserlautern 222,40 Mf., Karlsruhe 204,80 Mf., Kassel 108,00 Mf., Kempten 131, - Mf., Kiel 1181,30 Mf., Kitzingen 43,00 Mf., Kitzingen 60,30 Mf., Kitzingen 119,80 Mf., Kitzingen 98,70 Mf., Landshut 30,15 Mf., Landshut 147,18 Mf., Leipzig 113,40 Mf., Leipzig 21, - Mf., Lobau 13,70 Mf., Lorach 69, - Mf., Lübeck 962,25 Mf., Ludwigshafen 439,02 Mf., Magdeburg 107,74 Mf., Mainz 571,23 Mf., Mannheim 1704,11 Mf., Mannheim 51,11 Mf., Marbach 48, - Mf., Meisen 30,10 Mf., Minden 47,77 Mf., Mühlheim 67,70 Mf., Neustadt 30,15 Mf., Neustadt 715,24 Mf., Neustadt 32, - Mf., Nürnberg 372,96 Mf., Nürnberg Land 9194 Mf., Neuzersdorf 33,10 Mf., Neustadt 473,10 Mf., Neustadt 107,74 Mf., Neustadt 61,30 Mf., Nürnberg 256,57 Mf., Nürnberg 210, - Mf., Nordhausen 210, - Mf., Odenbach 20,61 Mf., Odenburg 76,30 Mf., Odenburg 97,60 Mf., Pforzheim 60, - Mf., Pirmasens 84,12 Mf., Pirmas 16,81 Mf., Plattling 76,50 Mf., Plauen 231,55 Mf., Potsdam 11,10 Mf., Pöhlitz 90,97 Mf., Quedlinburg 57,81 Mf., Regensburg 29,28 Mf., Reutlingen 35,10 Mf., Rosenheim 90,78 Mf., Rostock 324,02 Mf., Saarlouis 50,00 Mf., Sangerhausen 11, - Mf., Schwabach 32,50 Mf., Schweinfurt 24,40 Mf., Solingen 83,10 Mf., Sonneberg 8,50 Mf., Stendal 104,51 Mf., Stettin 27,08 Mf., Strahburg 773,96 Mf., Straubing 25,60 Mf., Sulzbach 4724,70 Mf., Talsam 78,40 Mf., Talsam 191,75 Mf., Traunstein 213,60 Mf., Ulm 360,95 Mf., Vornigsdorf 129,65 Mf., Wiesbaden 61,25 Mf., Wismar 18, - Mf., Wittendern 47,80 Mf., Wittendern 74,80 Mf., Worms 70,92 Mf., Würzburg 544,40 Mf., Würzburg 48,20 Mf., Würzburg 32,40 Mf., Wittau 211,81 Mf., Wittau 418,23 Mf.

Für das 4. Quartal 1910: Leipzig 200, - Mf.

Für Kalender: Gaffel 1, - Mf., Chemnitz 51,50 Mf., Cöln 5,50 Mf., Darmstadt 2, - Mf., Erfurt 1,60 Mf., Erlangen 3, - Mf., Gotha 6,50 Mf.

Für Kutterale: Augsburg 5, - Mf., Gaffel 5, - Mf., Gießen 2, - Mf., Gotha 2, - Mf., Kitzingen 5, - Mf., Strahburg 5, - Mf., Talsam 5, - Mf., Traunstein 3,90 Mf.

Für Verbandstags Protokolle: Darmstadt 1, - Mf., Gießen 6, - Mf., Erfurt 1, - Mf., Rostock 2, - Mf., Strahburg 2, - Mf.

Für Internationale Konferenz Protokolle: Gaffel 1, - Mf., Gießen 1, - Mf., Gmünd 2, - Mf., Heilbrunn 1, - Mf., Heilbrunn 2, - Mf., Heilbrunn 1, - Mf., Heilbrunn 1, - Mf.

Für Ankerate: Berlin 620 Mf., Chemnitz 4,50 Mf., Dresden 1,80 Mf., Gießen 6,10 Mf., Kitzingen 2,10 Mf., Leipzig 4,80 Mf., Mannheim 1, - Mf., Nürnberg 7, - Mf.

Ferner gingen ein: Renten 1197, - Mf., Abonnementsgelder 174,70 Mf., einzelne Nummern der Gewerkschaft 1,80 Mf., Stendal für Familien 60, - Mf., Cöln, Reichsbuch 0,96 Mf., durch Hoffmann für Väter 3, - Mf.

Von Einzelmitgliedern:

Nach Nr.	Mf.	Nach Nr.	Mf.	Nach Nr.	Mf.	Nach Nr.	Mf.
2737	4,00	102047	3,50	102284	4,55	102418	1,90
12623	5,20	102058	4,55	102287	1,40	102419	1,90
12632	4,80	102061	4,75	102288	4,20	102420	1,90
31706	0,80	102064	5,00	102290	1,75	102421	1,90
35204	3,20	102101	5,00	102294	3,25	102422	1,90
61761	6,50	102108	3,50	102296	5,25	102426	1,90
61762	6,00	102119	9,10	102306	2,80	102428	3,50
61763	5,20	102176	1,75	102317	4,90	102429	5,05
61764	3,70	102178	4,90	102325	3,00	102430	5,70
61765	3,30	102188	8,75	102328	1,25	102431	3,50
61768	2,80	102195	4,75	102335	3,25	102432	3,50
100292	3,25	102200	3,70	102346	4,80	102433	5,70
101203	5,20	102203	7,00	102348	1,60	102434	4,79
103635	5,20	102219	8,25	102353	3,50	102435	3,50
104001	6,00	102227	4,00	102356	4,55	102436	5,70
104003	2,10	102241	1,40	102368	3,50	102437	5,70
104006	2,10	102242	4,80	102369	2,00	102438	5,20
104015	4,90	102255	4,55	102414	5,05	102439	5,70
104022	5,95	102285	1,75	102415	1,90	102440	3,50
104027	4,00	102273	3,70	102416	1,90	Stetig	7,25
104041	4,90	102283	5,95	102417	1,90	Ca. Mf. 32,75	

G. Hymann, Hauptkassierer.

Briefkasten

W. H. M. Ohne Einführung in das Urteil und ohne Kenntnis des ganzen Vorganges läßt sich nichts Bestimmtes sagen. Im allgemeinen muß jede Person ihren Anteil an den Kosten der Beurteilung tragen. Klagen, Mahnungen, Rechnungen usw. sind nach zwei Jahren verjährt. Wir empfehlen, unter Vorlegung etwaiger Aktenstücke dem nächsten Anwaltssekretariat die Sache zu unterbreiten. Eventuell muß ein Rechtsanwalt um Auskunft ersucht werden.

Mehrere Verträge gingen uns nach Redaktionsschluss (am Montag und Dienstag) zu, die infolgedessen nicht mehr zum Ausdruck gelangen konnten. Wir ersuchen die Schriftführer dringend, den Sonnabend-Redaktionsschluss zu beachten. Die Redaktion.

Erst erschienen:

Notiz-Kalender

für

Gemeinde- und Staatsarbeiter

für das Jahr 1911.

zum Preise von 50 Pf.

Vestellungen wollen die Kollegen bei ihrer Filialleitung machen.

Der Vorstand.

Für Kollegen zur Kenntnis, daß das Krankengeld von jetzt ab bei unserem zweiten Kassierer Herr, Egonstr. 60, IV, ausbezahlt wird.

Totenliste des Verbandes.

Gustav Zeiserl, Dresden Straßenbahn † 6. 11. 1910, 59 Jahre alt.	Adam Pölschner, Bamberg Gasarbeiter † 15. 11. 1910, 31 Jahre alt.
Richard Fick, Berlin Deffentliche Beleuchtung † 6. 11. 1910, 41 Jahre alt.	Albert Koch, Berlin Bauverwaltung † 16. 11. 1910, 50 Jahre alt.
Karl Hirsch, Götlich † 12. 11. 1910, 59 Jahre alt.	Wilhelm Brohs, Karlsruhe Kloster, Straßenbahndepot † 17. 11. 1910, 62 Jahre alt.
Konrad Möller, Eisenach Tiefbauarbeiter † 12. 11. 1910, 59 Jahre alt.	Ferdinand Stinzel, Berlin Gasanstalt Müllerstraße † 19. 11. 1910, 41 Jahre alt.

Gustav Gusch, Berlin
Wasserwerk Rixdorf, gestorben im Alter von 65 Jahren.
Chre ihrem Andenken!

Verlag: In Vertretung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter G. Hymann, Verantwortlicher Redakteur: Ernst E. Himmeler, beide Berlin W. 57, Winterfeldstr. 21. Druck: Hermanns Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 65, Lindenstr. 69.